

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



Transparent der IGBAU am 1. Mai 2005 in Hamburg

- **Aus dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags erwächst nichts Gutes – Seite 4**
- **Münteferings Kapitalismuskritik – Seite 8**
- **Stadthaushalt Freiburg: Gewerbesteueranpassung ist überfällig – Seite 12**
- **Tarifverhandlungen mit den Bundesländern gescheitert – Seite 15**
- **Engagement für „vergessene“ NS-Opfer – Seite 19**

Ausgabe Nr. 9 am 6. Mai 2005, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de - Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Schröder in der Türkei: Proteste und Bitten

Azadi, 2.5., alk. Menschenrechts- und Friedensorganisationen haben in einem gemeinsamen Schreiben den Bundeskanzler gebeten, seinen Einfluss für eine Politik der inneren Aussöhnung und Befriedung in der Türkei geltend zu machen. Dieses könnte nicht nur dem Wohle der Türkei und ihrem Beitrittswunsche, sondern auch in Deutschland der Förderung einer Kultur des Friedens dienlich sein.

Die Organisationen sind über die derzeitige nationalistische Hysterie in der Türkei tief beunruhigt. „Während Bücher des international und auch in Deutschland geschätzten liberalen türkischen Schriftstellers Orhan Pamuk öffentlich verbrannt werden, steht Hitlers „Mein Kampf“ seit Wochen auf den Hit-Listen des Buchhandels der Türkei. (...) Die Aufforderung aus vielen Ländern der Welt, sich endlich mit dem Völkermord an den Armeniern öffentlich auseinander zu setzen, führt statt zu einer sensiblen Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu chauvinistischen und rassistischen Bekenntnissen der türkischen Diplomatie.“

Das weltweit mit großer Abscheu zur Kenntnis genommene Vorgehen der Polizei gegen eine Frauendemonstration, bewirkte nicht etwa, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden: vielmehr sollen die Opfer gerichtlich belangt werden. Die Menschenrechtsvereine melden immer wieder schwerste Verletzungen der Menschenrechte und werden selbst mit Anklagen überhäuft.

In dieser Situation nationalistischer Regression eröffne die türkische Armee ihre größte militärische Offensive seit Jahren gegen die kurdischen Widerstandskräfte, die über fünf Jahre lang eine friedliche Lösung des Kurdenproblems im Rahmen der Türkei angeboten hatte, worauf Ankara niemals antwortete.

Die kurdische Bevölkerung des Landes von 15 bis 20 Millionen gehört zum relevanten Beitrittspublikum einer möglicherweise einst um die Türkei erweiterten EU. Dies erfordere unabdingbar, der kurdischen Bevölkerung in der Türkei endlich ihre Grund- und Menschenrechte zu gewährleisten und sie nicht länger einem anachronistischen, rassistischen türkischen Nationalismus zu unterwerfen.

„Wir halten es deshalb für unabdingbar, kurdischen Repräsentanten im Prozess der Beitrittsverhandlungen, aber auch vor den Gremien der einzelnen EU-Staaten angemessenes Gehör zu verschaffen. Eine generelle Diffamierung der Kurden und ihrer Organisationen als terroristisch wird die Gegen-

sätze in der Gesellschaft der Türkei verschärfen und ihre Überwindung verhindern. Wir gehen davon aus, dass die Türkei die Kriterien für einen Beitritt zur EU nur erreichen kann, wenn sie die nationalistischen Verfestigungen, die im Gegensatz zum multikulturellen Charakter der EU stehen, überwindet.“

Der Brief ist von folgenden Organisationen unterzeichnet:

Azadi – Rechtshilfesfonds für Kurden und Kurden in Deutschland, Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL, Bundesverband Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung IPPNW, Dialog-Kreis „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“, Internationale Liga für Menschenrechte, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Koordination „Gerechtigkeit und Frieden“ der Franziskaner Mitteleuropas (COTAF), Pro Humanitate – Internationaler Verein für Frieden und Gerechtigkeit, Rüstungsinformationsbüro Baden Württemberg, Tüday – Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland, Yek-Kom Föderation kurdischer Vereine in Deutschland

Outsourcing und zurück

Deloitte, 28.4. scc. Die Unternehmensberatung Deloitte kommt in einer neuen Studie zu dem Ergebnis, dass die „Outsourcing-Euphorie schwindet“. Zahlreiche Großunternehmen, die einstmals Informationstechnologie und Geschäftsprozesse auslagerten, betrieben inzwischen eine Rückkehr ins Unternehmen. 70%, ergab die Befragung von Unternehmen, haben mit Outsourcing-Projekten sehr schlechte Erfahrungen gemacht, in jedem vierten Fall würden die ausgelagerten Funktionen wieder zurückgeführt. Die Einsparung von Kosten und die Verringerung von Komplexität waren vorrangige Gründe für Outsourcing; aber gerade diese Erwartungen wurden enttäuscht, so die Studie. Oft ergaben sich zusätzliche Kosten, die vorher nicht abzusehen waren, als häufiges Problem nannten die Unternehmen sog. versteckte Kosten, 57% der Befragten mussten z.B. nachträglich für Leistungen bezahlen. Oft nahm auch die Komplexität durch Outsourcing zu und nicht etwa ab.

Mindestlohn lau

Handelsblatt, 28.4. rül. Mit einer Novellierung des Entsendegesetzes will die Bundesregierung auf die zunehmende Forderung der Gewerkschaften nach einem gesetzlichen Mindestlohn antworten. Am 27.4. beschloss das Bundeskabinett, noch im Mai im Bundestag eine Novelle des Entsendegesetzes einzubringen. Bei bundesweiten Tarifverträgen erlaubt dieses Gesetz dem Wirtschaftsminister, die im Tarifvertrag vereinbarten Löhne auf Antrag einer Tarifpartei per Rechtsverordnung zum ver-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

pflichtenden Mindestlohn für alle Beschäftigten der Branche zu machen. Bis her gilt diese Regelung nur für die Bauwirtschaft. In Zukunft, so die Vorlage im Kabinett, soll das in allen Branchen möglich sein. Die Novelle bedarf der Zustimmung des Bundesrats. CDU und CSU haben bereits verkündet, nicht zustimmen zu wollen. Sie erklärten, sie seien nur zu befristeten Mindestlohnregelungen bereit und das nur, wenn beide Tarifparteien eine solche Regelung fordern. Das dürfte außerhalb des Bau-sektors kaum der Fall sein. Damit ist das Vorhaben der Bundesregierung zunächst eine reine Schaufenserveranstaltung für den NRW-Wahlkampf. Hinzu kommt: In Bereichen, in denen ein gesetzlicher Mindestlohn dringend erforderlich wäre, gibt es keine bundesweiten Tarife. Im Hotel- und Gaststätten-gewerbe oder in der Fleischindustrie zum Beispiel fehlen bundesweite Tarifverträge. „Im Hotel- und Gaststätten-gewerbe, wo sich 700.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf 210.000 Betriebe verteilen, fehlt uns die Mächtigkeit“, so der Vorsitzende der Gewerkschaft NGG, Möllenbergs. Ebenso ist die Situation in der Landwirtschaft, bei Friseuren und anderen Dienstleistungen und in vielen Bereichen des Handwerks. Selbst wenn die Novelle in Kraft treten würde, würde es also noch Jahre dauern, bis mit diesem Gesetz in solchen Sektoren ein tatsächlich geltender Mindestlohn erreicht ist. Bei einem Treffen des Kanzlers mit Gewerkschaftsvorsitzenden am Abend des 27.4. forderten deshalb Möllenbergs und ver.di-Chef Bsirske erneut einen gesetzlichen Mindestlohn. Dazu aber sind weder der Kanzler Schröder noch Wirtschaftsminister Clement bereit.

Nazis unter Druck formieren sich

Ngo-online.de, 27.4. alk. Der Eindruck, dass sich die Naziszenen trotz ideologischem Druck und staatlicher Verfolgung weiter formiert und Flagge zeigt, wird durch die Statistik bestätigt. Die rechtsextreme Kriminalität in der Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr nach „Tagesspiegel“-Informationen den höchsten Stand seit 2000 erreicht. Wie die Zeitung in ihrer Ausgabe vom 27.4. schreibt, registrierten die Landeskriminalämter 2004 insgesamt 12.051 rechtsextreme Straftaten. Das sind 1256 mehr als 2003 (10.795) und auch deutlich mehr als 2002 (10.902) und 2001 (10.054). Die in der Summe der rechtsextremen Straftaten enthaltene Zahl der meist von Neonazis und Skinheads verübten Gewaltdelikte stieg 2004 ebenfalls auf das höchste Niveau seit 2000. Die Landeskriminalämter zählten dem Bericht zufolge 776 Körperverletzungen und andere Gewalttaten, 2003 waren es 759 (2002: 772, 2001: 709). Eine enorme Zunahme stellte die Polizei bei

den Propagandadelikten fest (2004: 8337, 2003: 7554). Dabei handelt es sich unter anderem um das öffentliche Zeigen des Hitlergrußes und die Verbreitung von Schriften, die das NS-Regime verherrlichen. Die Polizei hatte 2000 bundesweit 15.951 rechtsextreme Straftaten registriert, darunter 998 Gewaltdelikte. Die Zahlen für 2004 entstammen einer Liste, die zwischen dem Bundesinnenministerium, dem Bundeskriminalamt und den Landeskriminalämtern zirkulierte. Die Zahl jener Delikte, die von der Polizei in der Statistik „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ erfasst wird, ist sogar noch höher. In den für 2004 gemeldeten 12.553 Straftaten (2003: 11.576) ist neben den eindeutig rechtsextremistischen Delikten auch eine Restsumme von Taten enthalten, die als „rechts“ gelten, aber nicht alle eindeutig einem Täterspektrum zuzuordnen sind.

EU-Truppe nach Aceh?

Die Presse, 28.4. scc. Die EU trifft Anstalten zu einem „internationalen Friedenseinsatz“ in Asien, ihrem ersten auf diesem Kontinent. Wenn sich die indonesische Regierung und die Befreiungsbewegung auf Aceh auf ein Friedensabkommen einigen, könnte die EU, wie EU-Diplomaten gegenüber finnischen Zeitungen sagten, ein Kontingent von rund 200 Soldaten in die Provinz schicken. Die mögliche Entsendung einer EU-Truppe geht angeblich auf einen Wunsch der indonesischen Regierung zurück, die eine UN-Mission ablehnt, da es sich bei dem Konflikt um Aceh um eine „innere Angelegenheit“ handele. In dem jetzt 28 Jahre andauernden Konflikt sind schätzungsweise 12.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Provinz Aceh, die zuletzt durch die Tsunami-Katastrophe schwer verwüstet wurde, gilt als besonders rohstoffreich. – Die EU-Planungen gehen bisher immerhin schon so weit, dass man sich über die Frage den Kopf zerbricht, wie die Mission finanziert werden soll – wahrscheinlich aus dem Budget der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Unterwasser-Schleichfahrt

FAZ, 18.4. maf. Mit ihrer Ankündigung, das Waffenembargo gegen die VR China aufheben zu wollen, spielt die BRD nicht nur auf dem Feld der Ideologie, die Regierung schickt sich an, in internationale Kräfteverhältnisse einzugreifen. Harald Müller, Vorstandsmitglied der hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, weist in der FAZ (18.4) darauf hin, dass die deutsche Brennstoffzellen-U-Boot-Technik, nach China geliefert, die amerikanische U-Boot-Abwehr vor ernste Probleme stellen würde, der „Eckstein der amerikanischen Verteidigung für Taiwan, die

Flugzeugträgergruppe“ würde „hochgradig verwundbar“. Seit vielen Jahrzehnten besteht in der Taiwanfrage ein militärisches Gleichgewicht in dem Sinne, dass von der Insel aus eine Invasion des Festlandes nicht erfolgen kann, wie auch umgekehrt, eben wegen der strategischen Überlegenheit der US-Luftwaffe, der Marine und der Aufklärungsmittel ein gewaltssamer Anschluss Taiwans an die Volksrepublik ausscheidet. An diesem neuralgischen Punkt macht sich die Bundesregierung zu schaffen. Vielleicht um die Zustimmung Chinas für das Einrücken der BRD in den Sicherheitsrat zu befördern, in diesem Falle wäre schwer zu entscheiden, ob der Zweck schlimmer ist oder das Mittel.



Überwasser-Protzfahrt

FAZ, 29./30.4. maf. Der Inhaber des Internetportals United Internet, Ralph Dommermuth, selbst „passionierter Segler“, wird eine „deutsche“ Hochseejacht sponsoren, die am internationalen Renngeschehen teilnehmen kann. Fachleute schätzen, dass Dommermuth dafür 40 bis 100 Millionen Euro übrig haben muss. Ein zweiter Sponsor für das Projekt sei „nicht nötig, aber willkommen“. Am Geld würde man nicht scheitern. Wer schon mal in der Lage war, wegen eines Fehlers im Dienstleistungsangebot von web.de, 1&1 oder gmx die Supportdienste des Unternehmens beanspruchen zu müssen, weiß, wie dieses Geld gemacht wird. Unterbesetzung der Kundenbetreuung und der technischen Abteilungen, Ausnutzung der Anbietermacht gegenüber den meist kleinen Kunden. Angeblich sollen derartige Aktivitäten für die Firmen, die sie tragen, werben. Dies mag der Fall sein, wenn die Leistung stimmt und das Geld nicht aus Überlastung der Mitarbeiter herausgeschunden wird. Wenn aber ein „passionierter Segler“ auf Kosten der Unternehmensleistung und der Mitarbeiter seinem möglicherweise auf hohem Niveau eintönigen Leben Medienglanz verleihen möchte, kann man solchen Projekten eigentlich nur den frühzeitigen Untergang wünschen.



Vor dem Referendum in Frankreich

Aus dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags erwächst nichts Gutes

Im Mai fallen im Hinblick auf den EU-Verfassungsvertrag und die weitere Entwicklung der europäischen Unionierung wesentliche Entscheidungen. In fünf Mitgliedsländern fällt, parlamentarisch oder per Volksabstimmung, die Entscheidung über Ratifizierung oder Nicht-Ratifizierung des Vertragswerkes. In sechs Mitgliedsländern steht die Entscheidung über die Ratifizierung in den nächsten Wochen an. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf Frankreich, wo die Wahlbevölkerung am 29. Mai über Annahme oder Ablehnung des Vertrags abstimmt. Eine Ablehnung hätte weitreichende Folgen. Der folgende Aufsatz versucht über den Stand des Ratifizierungsverfahrens und die das Verfahren begleitende öffentliche Debatte in verschiedenen Mitgliedsländern der EU – sofern sie denn stattfindet – zu informieren.¹

Verfassungsvertrag in sechs Ländern bereits ratifiziert

Als erstes Parlament ratifizierte schon am 11.11.04 das litauische mit großer Mehrheit den Vertrag.

In Ungarn stimmte ihm das Parlament am 20.12.04 mit 323:12 bei 8 Enthaltungen zu; sieben der zwölf ablehnenden Stimmen kamen von der rechts-konservativ-nationalistischen Fidesz,

die übrigen von fraktionslosen Abgeordneten.

In Slowenien stimmte am 1.2.05 die überwältigende Mehrheit des Parlaments (79:4:7) für die Ratifizierung.

Spanien eröffnete am 20. Februar die Reihe der Referenden. Hier entschieden sich bei einer Wahlbeteiligung von unter 43% gut 77% für Zustimmung. 6% gaben leere Stimmzettel ab, die Wahlbeteiligung lag bei gut 42%. Die Vereinigte Linke (IU), die Katalanische Linke und linksnationalistische baskische Organisationen hatten für Ablehnung geworben, ebenso z.B. die katholischen Bischöfe. Überdurchschnittlich viele Nein-Stimmen gab es im Baskenland und in Katalonien – die Katalanische Linke hatte ihre Kritik unter der Parole vom „Völkergefängnis“ für „Nationen ohne Staat“ zusammengefasst –, aber auch in Hochburgen der konservativen Volkspartei (PP), so in Madrid.

Als erstes Gründungsmitglied hat Italien den Vertrag ratifiziert. Die Abgeordnetenkammer entschied am 25.1. mit 436 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen – sie kamen von kommunistischen und von Lega-Nord-Abgeordneten – bei 4 Enthaltungen, der Senat am 6. April

mit 217:16 Stimmen.

Als bisher letztes Mitgliedsland hat Griechenland der Verfassung zugestimmt. Die zunächst für den 15. April vorgesehene parlamentarische Entscheidung musste auf den 19.4. verschoben werden, weil angesichts des Wochenendes nur ca. zwei Drittel der Abgeordneten erschienen waren. Die regierende Nea Dimokratia unterstützte ebenso wie die größte Oppositionspartei, die Panhellenische Sozialistische Bewegung PASOK, den Verfassungsvertrag, der Parlamentsentscheid fiel mit 268 Stimmen gegen 17 bei 15 Enthaltungen deutlich aus. Gegen die Verfassung stimmten die Abgeordneten der Linksallianz (SYN) und der Kommunisten (KKE). Die KKE hatte zuvor zu Demonstrationen für ein „doppeltes Nein“ – gegen die EU und gegen die „Euro-Verfassung“ – in Athen und Thessaloniki mobilisiert, an denen sich jeweils einige tausend Menschen beteiligten. Bevor das Vertragswerk jedoch als Gesetz verabschiedet ist, muss das Parlament über einen Antrag von 133 Abgeordneten der linken Oppositionsparteien entscheiden, der auch von PASOK-Abgeordneten mitgetragen wird,

1. Mai in Hamburg, Transparent der IG BAU

ein Referendum durchzuführen. Die Initiatoren wollen damit auch eine öffentliche Debatte über den Verfassungsvertrag in Gang bringen; denn in Meinungsumfragen geben 90% der Befragten an, keine Ahnung zu haben, was es mit dem Vertrag auf sich hat. Der Antrag soll nach der Sitzungspause des Parlaments Anfang Mai behandelt werden. Um angenommen zu werden, bedarf er 180 Stimmen; seine Annahme gilt als unwahrscheinlich.

Vor der Entscheidung

Im Mai fällt die Entscheidung in der BR Deutschland, in Österreich, Frankreich, Zypern, angeblich auch in Belgien, hier ist der genaue Termin nicht herauszufinden, am 1. Juni in den Niederlanden, im Juli in Luxemburg (Referendum am 10.7.), Malta (Mitte Juli), im Herbst in Polen (wahrscheinlich durch Referendum am 25.9.), Dänemark (Referendum am 27.9.), Portugal (Referendum am 9.10.), zum Jahreswechsel oder im nächsten Jahr dann in Schweden, Finnland und der Slowakei (jeweils im Dezember per Parlamentsbeschluss), Irland, Lettland, Estland, Großbritannien, Tschechien (genaue Termine noch nicht bekannt). Im November 2006, so die vertragliche Vereinbarung, soll dann im Lichte aller Ratifizierungsprozesse Bilanz gezogen werden und die Verfassung, sofern sie überall ratifiziert wurde, in Kraft treten.

In der BR Deutschland entscheidet der Bundestag am 12. Mai, der Bundesrat am 27. Mai über die Ratifizierung. Der CSU-Rechtsaußen Gauweiler hatte vergeblich versucht, mit einer Verfassungsbeschwerde und einer Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren zu stoppen. Gauweiler wollte mit seiner Beschwerde geltend machen, dass die EU-Verfassung die Gültigkeit des Grundgesetzes begrenzt. Deshalb sei der Bundestag nicht zur Entscheidung befugt, diese müsse durch eine Volksabstimmung fallen. Das Gericht nahm seine Klage nicht an. Gauweiler kündigte eine weitere Klage an, sobald der Bundesrat die Verfassung verabschiedet hat. Als einzige in Parlamenten vertretene Partei bezieht die PDS gegen die EU-Verfassung Position.²

Eine ähnlich große parlamentarische Zustimmung zeichnete sich in Österreich nach der Sitzung des Verfassungsausschusses des Nationalrats Ende April ab. ÖVP, SPÖ, Grüne und auch die neue Haider-Partei BZÖ signalisierten ein Ja, die in der FPÖ verbliebenen Abgeordneten werden vermutlich mit Nein stimmen. Die Grünen hatten mit einem Antrag noch zu erreichen versucht, dass Österreich an der in der EU-Verfassung vorgesehenen „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ auf militärischem Gebiet nicht teilnimmt. Ihr Antrag wurde abgelehnt. (Die Presse, 29.4.)

Von zentraler Bedeutung: das Referendum in Frankreich

Der Ausgang des Referendums in Frankreich ist derzeit völlig offen. Bei Meinungsumfragen zeichnete sich noch im Dezember 2004 eine Zustimmung der Bevölkerung von 65% ab. Aber die Stimmung wandelte sich. Mitte März überwogen in einer Umfrage erstmals die Gegner, und in 22 Umfragen danach nahm die Tendenz zum Nein noch eher zu – bis jetzt. Die allerjüngste Umfrage sah erstmals wieder die Befürworter vorn (52%), bei einem nach wie vor hohen Anteil von Unentschiedenen von 20 bis 30%.

Neben den konservativen Parteien tritt die Sozialistische Partei (nach einer Mitgliederbefragung) mehrheitlich für die Verfassung ein, die eher als links geltenden Strömungen der Sozialisten und nicht wenige „prominente“ Funktionsträger oder ehemalige Funktionsträger lehnen die Verfassung jedoch ab. Auch die Grünen sind gespalten – hier sprachen sich bei einer Mitgliederbefragung im Februar gerade 53% für die Verfassung aus. Auf schroffe Ablehnung stößt der Vertrag bei der gesamten Linken, der KPF, den trotzkistischen Organisationen, attac usw. Eine große Rolle spielt für die Bildung der öffentlichen Meinung, dass sich mit der CGT ein Gewerkschaftsverband gegen die Verfassung aussprach.

Allerdings verlaufen die Fronten keineswegs eindeutig zwischen links und rechts. Auch die konservativen Parteien sind nicht geschlossen für die Verfassung. Die rechtsextreme Front National führt eine Kampagne gegen das EU-Vertragswerk durch. In der oben genannten Umfrage von Mitte März werden die Abstimmungsabsicht der Anhänger bzw. Wähler der Parlamentsparteien so aufgeschlüsselt:

| | Linkes Lager in Klammern PS | Rechtes Lager | FN |
|------|--------------------------------|---------------|----|
| Ja | 45 (55) | 67 | 14 |
| Nein | 55 (45) | 33 | 86 |

Entsprechend spielen, abgesehen von einer allgemeinen Unzufriedenheit mit der konservativen Regierung, bei den Gegnern der zahlreiche verschiedene und auch entgegengesetzte Motive eine Rolle. Von rechten Verfassungsgegnern, besonders aggressiv, aber nicht nur von der FN, werden nationalistisch-chauvinistische Motive mobilisiert, die „Vernichtung der nationalen Souveränität“ durch die EU wird beschworen. Eine besonderes Gewicht hat in der öffentlichen Debatte um die EU-Verfassung die Frage des Türkei-Beitritts erhalten, der von den rechten Gegnern heftig abgelehnt wird und an dem sich starke Ressentiments festmachen, antieuropäische ebenso wie rassistische, gegen interkulturelles Zusammenleben in Frankreich und in der Welt gerichtet. Nicht nur die äußerste Rechte, auch erhebliche Teile des konservativen Lagers

machen Front gegen den Beitritt der Türkei.

Anders als bei der Ablehnung des Maastricht-Vertrages zählt in der linken Kritik des Verfassungsvertrages die „nationale Souveränität“ nicht zu den Kernargumenten. Die am 2. Mai veröffentlichte Studie „Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag“³ kommt zu der Auffassung, dass die „soziale Frage“ der Hauptgrund für die Ablehnung der Verfassung ist, die Kritik an der durch die EU betriebene Liberalisierung, die sich vor allem an der (inzwischen zurückgezogenen) Bolkestein-Richtlinie festmacht, die Angst vor den Folgen der Globalisierung. „Entscheidend für die Referendumsdiskussion in Frankreich ist ..., dass ein Teil der Gesellschaft das ‚soziale Europa‘ in der Verfassung vermisst,“ führt die Studie aus und fährt, ziemlich verschwimmt, fort: „Die hohe Zustimmung zu diesen Argumenten liegt nicht zuletzt daran, dass auch aus objektiver Sicht die These eines unsozialen Europas im [Verfassungsvertrag] nicht einfach falsifiziert werden kann.“

In anderen Mitgliedsländern zeichnen sich Entwicklungen ab, die nicht unbedingt zu erwarten waren

Bedenklich scheint die politische Situation in den Niederlanden, wo am 1. Juni ein Referendum – das erste in der niederländischen Geschichte – stattfindet. Das Referendum ist nicht bindend, die Regierungsparteien haben jedoch erklärt, dass sie es akzeptieren, sofern die Wahlbeteiligung über 30% liegt. Meinungsumfragen zufolge könnte dieses Quorum gerade eben erreicht werden. Die Regierung erwägt allerdings, das Referendum abzusagen, falls es in Frankreich scheitert.

Die meisten Parteien rufen zur Zustimmung auf, wobei die Rechtsliberalen gegen angeblich zu hohe Beiträge der Niederlande zum EU-Haushalt Stimmung machen. Seit Herbst letzten Jahres, wo Meinungsumfragen lediglich 11% Vertragsgegner ausmachten, hat sich die Grundstimmung verändert. Mitte Februar ergaben Meinungsumfragen eine Zustimmung von 29 bis 30% der Befragten, während 44% die Verfassung ablehnten. Die Sozialistische Partei, die bei den Europawahlen 7% erreichte, kritisiert insbesondere die Militarisierung der EU und die Entfesselung der Marktkräfte, aber auch die Übermacht der Union, und ruft zum Nein auf. Zum Nein rufen auf der anderen Seite die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien auf, die Liste Pim Fortuyn, ihre Abspaltung Group Wilders – vor allem Wilders wird in den Medien als eigentlicher Gegenpol zu den Verfassungsbefürwortern verhandelt – und die im Parlament vertretenen christlich-fundamentalistischen Parteien. Im Brennpunkt scheint

– aus der Ferne betrachtet und deshalb vorsichtig zu beurteilen – die Einwanderungspolitik zu stehen: Auch in der Diskussion um die EU-Verfassung scheint sich die unheilvolle Entwicklung seit dem 11. September widerzuspiegeln, die zunehmende Islamfeindlichkeit und Intoleranz, die zu Übergriffen auf muslimische Einrichtungen führte und die neue Nahrung durch den islamistisch begründeten Mord an van Gogh bzw. das Erstarken islamistischer Strömungen in der niederländischen Gesellschaft fand und findet.

Dänemark: Sozialistische Volkspartei auf Europakurs

Die traditionell eher EU-skeptische dänische Gesellschaft, die sowohl den Maastricht-Vertrag wie den Beitritt zur Euro-Zone per Volksentscheid abgelehnt hatte, würde heute, glaubt man den Umfragen, der Einführung des Euro zustimmen, und auch die Zustimmung zum EU-Verfassungsvertrag gilt als sehr wahrscheinlich. Interessant ist, dass zwei Regierungsparteien mit den drei größeren Oppositionsparteien, den Sozialdemokraten, den Liberalen und der Sozialistischen Volkspartei, ein Abkommen zur Unterstützung des Verfassungsvertrages abgeschlossen hat. Die Sozialistische Volkspartei, die bei den Europawahlen 7,9% errang, hatte seinerzeit die Kampagne gegen Maastricht-Vertrag und Euro-Einführung mit angeführt. Erst 1999 hat sie die Forderung nach Austritt aus der EU aus ihrem Programm gestrichen. In einer Mitgliederbefragung sprachen sich im Dezember 2004 63% für die Zustimmung zur Verfassung aus. „Bestimmend für diesen Wechsel“, heißt es in der schon zitierten Studie⁴, waren ganz offensichtlich positivere Bewertungen zu den Chancen einer EU-integrierten Umweltpolitik, zur Ost-Erweiterung der EU und die Befürchtungen vor einer Dominanz der USA in der Welt.“

Zur Ablehnung der Verfassung rufen die Enhedslisten Folketingssgruppen der (Zusammenschluss von KP, Kommunistischer Arbeiterpartei und Linkensozialisten – Kritik an Militarisierung und EU-Supermachts-Ambitionen; über die Frage der Verteidigung der nationalen Souveränität gibt es eine kritische Diskussion) sowie außerparlamentarische Bewegungen und NGOs einerseits auf. Andererseits die rechtsextreme, die Minderheitsregierung stützende Dänische Volkspartei sowie andere rechtsextreme, neonazistische und rassistische Gruppierungen.

Tendenzen in Osteuropa

Von Bedeutung ist auch, wie die neuen Mitgliedsländer entscheiden. In einigen Ländern, vor allem in Polen und hier vor allem auf dem Land, hatte es eine weit verbreitete EU-Skepsis bis hin zu harter Ablehnung des EU-Beitritts gege-

ben. Es ist zu früh, nach einem Jahr Mitgliedschaft eine Bilanz zu ziehen. In diesem ersten Jahr machen die Nettotransfers an die neuen Mitglieder weniger als 1% des Bruttoinlandsprodukts aus; im zweiten Jahr erst sollen sie auf bis zu 4% steigen. Die Förderung aus den Strukturfonds kommt erst langsam in Gang, und es ist völlig klar, dass die Angleichung der Lebensstandards innerhalb der EU nur auf einem langen Weg zu erreichen und darüber hinaus hart umkämpft ist.⁵ Doch hat die bisherige Entwicklung die ärgsten Ängste nicht bestätigt. Die 1,4 Millionen Bauern haben rund 2 Mrd. Euro Direktbeihilfe erhalten, jeweils nicht viel, aber doch etwas, so dass verschiedenen Berichten zufolge gerade auf dem Land ein Stimmungsumschwung eingesetzt hat. Gegen den Verfassungsvertrag mobilisieren die rechten Parteien und die Nationalkatholiken, die im weiten Sinne Linksparteien votieren dafür. Meinungsumfragen weisen eine Mehrheit für den Verfassungsvertrag aus. Allerdings muss sich am Referendum im September mindestens die Hälfte der Wahlberechtigten beteiligen; wird diese Schwelle nicht erreicht, ist das Referendum gescheitert.

Tschechien wird wahrscheinlich als eines der letzten Mitgliedsstaaten über den Verfassungsvertrag entscheiden. Ob in einem Referendum, ist noch unklar. Da die beiden großen Oppositionsparteien, die KP Böhmen und Mähren auf der Linken, die ODS auf der Rechten, den Verfassungsvertrag ablehnen, ist die anfänglich klare Zustimmung der Bevölkerung deutlich abgebrockelt. Staatspräsident Klaus, ODS, startete im April eine Kampagne gegen den Vertrag, den die ODS als Weg zu einem „künstlichen Superstaat“ und zu zentralistischer, ja sozialistischer Planwirtschaft kritisiert. Sie will, falls es zum einem Referendum kommt, ein Nein empfehlen – lässt aber den Notausgang frei: Wenn es sich erweise, dass Tschechien als einziges Land die Verfassung ablehnen würde, verzichte man auf die Nein-Empfehlung.

Kein Plan B, auch für die Linke nicht

Falls die französische Bevölkerung den Verfassungsvertrag mehrheitlich ablehnt, ist die weitere Entwicklung der europäischen Integration völlig offen. Es heißt, dass in „Brüssel“ kein Plan B existiert, und es ist auch schwer vorstellbar, wie ein solcher Plan aussehen könnte. Die britische und die niederländische Regierung haben anklingen lassen, dass sie im Fall eines französischen Nein kein Referendum mehr durchführen lassen wollen.

Angesichts der hier knapp und unvollständig dargestellten Situation ist auch nicht vorstellbar, dass die politisch-ideologischen Folgen gut sein werden, etwa einen Schub in Richtung auf ein friedliches, soziales Europa

bringen, wie sich manch linker Kritiker erhofft. Zu befürchten ist vielmehr, dass die Kräfte der Desintegration, des Nationalismus und Chauvinismus, der Abschottung, der Feindseligkeit gegenüber anderen Kulturen erstarken, weil das Scheitern des Verfassungsvertrages und der weiteren Integration Wasser auf ihre Mühlen lenkt. Oder soll man wirklich glauben, dass – zum Beispiel – nach dem Scheitern die EU-Haushaltsverhandlungen und die Verhandlungen darüber, welche Bedeutung der solidarischen Angleichung der Lebensbedingungen in der EU zukünftig zukommt und wer welchen Beitrag dazu leistet, leichter werden?

Die vor allem in den öffentlichen Auseinandersetzungen in Frankreich aufgeworfene Frage eines sozialen Europas kann gerade nicht durch Rückzug auf den Nationalstaat, sondern nur durch eine europaweite Bewegung beantwortet werden, die sich über die Gestaltung eben dieses sozialen Europas solidarisch verständigt. Der Verfassungsvertrag verbaut, trotz der berechtigten Kritikpunkte, den Weg dahin nicht, die im Fall seiner Ablehnung drohende Krise der europäischen Unionierung bis hin zu möglichen Zerfallserscheinungen erschwert ihn.

scc

1 Quellen sind v.a.:

Andreas Maurer unter Mitarbeit vieler anderer, Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag, Diskussionspapier der Forschungsgruppe EU-Integration, Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2005, 81 S.

Bertelsmann Forschungsgruppe Politik, Bekommt die Europäische Union eine Verfassung? Übersicht zum Stand des Ratifizierungsprozesses in den 25 EU-Mitgliedstaaten, 18.4.05, <http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/ratifikation/index.php>.

www.europa-digital.de, insbesondere Dossier zur EU-Verfassung und Presseschauen (mit zahlreichen überregionalen Tageszeitungen)

2 Die PDS hat sich mit dem Nein zur Verfassung im Europawahlprogramm und einem Beschluss dem 9. Parteitags („Für einen anderen Verfassungsvertrag – Für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa“) der Möglichkeiten eines offensiven Eingreifens in die Debatte und einer wirklich oppositionellen, über ein bloßes „Nein“ hinausgehenden Politik weitestgehend beraubt. Die Folgen zeigen sich da, wo die PDS zur Stellungnahme gezwungen ist, nämlich in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, in denen sie mit der SPD Koalitionen eingegangen hat. Die beiden PDS-Landesverbände reagieren in unterschiedlicher Weise hilflos, in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Ende April begonnenen Unterschriftensammlung zur Absetzung der Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat, in Berlin mit einem Eiertanz in Richtung Zustimmung. „Verrat“-Rufe v.a. aus den westlichen Bundesländern sind wohlfeil und wohl nur möglich, weil sich die PDS im Westen den Folgen der Beschlusslage nicht wirklich stellen muss.

3 Siehe Fußnote 1, S. 40

4 Siehe Fußnote 1, S. 41ff.

5 Siehe Politische Berichte 8/05, S. 4ff., EU-Budget, Ausgleichungs- bzw. Angleichungspolitik versus Interventionspolitik

Funktioniert: Stimmung gegen dunkle Mächte, funktioniert nicht: Stimmung für den Staat und die Partei

Es ist ja wirklich selten, dass Programmdebatten solche Wellen schlagen, aber der Ausgangspunkt der heftigen Auseinandersetzung um Fragen der Wirtschaftspolitik ist eine Rede, die Franz Müntefering am 13. April dieses Jahres zur Einleitung des 3. Programmforums der SPD gehalten hat, das unter dem Motto Demokratie – Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit stand. Das letzte dieser Foren¹ ist für den 19. Mai unter dem Thema „Im Mittelpunkt – Der Mensch“ geplant, eine Phrase, die Staatsfunktionären, Wirtschaftsmanagern, Familienoberhäuptern und überhaupt allen, die irgend etwas vorsitzen, ermöglicht, ihre Untergebenen mit dem Spruch zu versöhnen: Das geschieht nur zu eurem Besten. Eine solche Rede kann sinnvoll nur führen, wer im organisierenden Zentrum eines Systems steht, und zwar nur zu denen, die sich zu fremden Zwecken verbraucht fühlen. Der Rückgriff auf diese scheinheilige Phrase verleiht der SPD einen heiligen Schein, der Aufmerksamkeit anzieht. Um diesen heller strahlen zu lassen, braucht es das Gegenbild schlimmer Schurken, und für diese Rolle steht nun wirklich eine große Schar geeigneter Darsteller zur Verfügung. Abgefundene Manager, Ausschlachter, Steuerflüchtlinge, Kapitalexportiere. So ficht der treue, gute Franz im sauerländischen Volkstheater gegen die dunklen Mächte, die das Volk plagen.

Die starken, bei allen Leuten irgendwie präsenten Bilder der alten deutschen Märchen- & Sagenwelt machen Meinung, verlocken und nötigen zu Parteinahme und Urteil. Die Umfragewerte sind sehr gut. Das ist kein Wunder, wenn die Frage lautet, ob die Guten gut sind. Trotz der hohen Zustimmung für die sogenannte Kapitalismuskritik Münteferings scheinen die Umfragewerte für die SPD sich aber nicht zu bessern.

Münteferings Kritik

Was hat er eigentlich gesagt? In seiner Rede spricht Müntefering zunächst einmal nicht von der Wirtschaft, sondern vom Staat:

„Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profit-Handelns. Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus

dem Blick. Und die Handlungsfähigkeit der Staaten wird rücksichtslos reduziert. Im Ergebnis wird damit die Reputation des Staates bei seinen Bürgerinnen und Bürgern dramatisch belastet, weil er nicht mehr in die Lage ist, die von ihm erwartete Interessenwahrung hinreichend zu leisten.“

Auf diese Entwicklung müssen wir politisch reagieren: Wo der Nationalstaat an die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten stößt, könnte die Europäische Union und könnten Institutionen der internationalen Völkergemeinschaft wirkungsvoll handeln.“²

Kurzfristig, langatmig

Die Kritik, dass der Planungshorizont der Unternehmen zeitlich eng sei, ist verbreitet. Sie trifft nicht ganz zu. Die neue Serie eines Automobils ist vielleicht zehn Jahre in der Entwicklung, bis sie auf der Straße erscheint, auf der sie zehn, fünfzehn Jahre zu sehen sein soll und gewartet werden will. Wenn heute über ein neues Kokskohlebergwerk im Münsterland geredet wird, weiß man, dass frühestens in zehn Jahren die Förderung beginnen kann, und

auch, dass diese Grube uns alle überleben wird, jedenfalls wenn es geht wie geplant. Die Planungen der Unternehmen in der heutigen Welt erstrecken sich, was die sachliche Seite angeht, sehr oft sehr weit in die Zukunft. Richtig ist, dass die Steuerung des Unternehmens durch die Bilanzwerte in immer kürzeren Zeitabständen angestoßen wird. Sie sagen dem Unternehmen, ob seine Planungen Bestand haben könnten. Die stetige Aufmerksamkeit auf diese Informationen und ihre u.U. blitzschnelle Verwertung bzw. Wirkung darf aber nicht mit den Planungsprozessen verwechselt werden. So hat ja auch im parlamentarischen System der Kanzler einen Fraktionschef nötig, der jeden Tag auf die ganze Herde aufpasst, damit der Kanzler immer die Mehrheit hat. Von einem Tag auf den anderen kann die Kanzlermehrheit futsch gehen. Das hindert die Parteien und ihre Häupter nicht, Pläne für die nahe, mittlere und ferne Zukunft zu schmieden und sich für die Geschichtsbücher fotografieren zu lassen.

Geht man realistisch davon aus, dass für den Planungshorizont eines Parla-

mentes die Legislaturperiode markant ist, wird es höchstens als böser Scherz möglich sein, das Handeln der Manager als „kurzatmig“ und das der Staatsfunktionäre dem entgegen als „langatmig“ zu kennzeichnen. Das kann es also nicht sein. Was dann?

Andersverwendung des Reichtums

In der weiteren Debatte hat sich herausgestellt, dass Müntefering auf die Tätigkeit der Investmentgesellschaften anspielt, die Firmen aufkaufen, ganz oder teilweise stilllegen, weiterverkaufen usw. Das sind die „Heuschrecken“.

Der Sache nach findet auf diesem Wege eine Andersverwendung gesellschaftlichen Reichtums statt, die für die jetzt „anders“ oder eben auch gar nicht mehr „Verwendeten“ alles andere als angenehm ist. Unternehmen sind Kapitalgesellschaften. Sie sind aber auch Zusammenhänge in der sozialen Welt, die fortdauern wollen. Das Leben der Individuen ist oft mit ihrer Arbeitswelt so verflochten, dass der Untergang der Firma ihre ganze Existenz lädiert. Dass diese oder jene AG „leben“ müsse, ist nachdrücklich geäußerte For-



1. Mai in Stuttgart

derung betroffene Belegschaften und Regionen. Sehr harte Auseinandersetzungen wurden in dieser Frage in ganz Europa geführt und: regelmäßig verloren.

Wenn die zahlungskräftige Nachfrage sich nicht mehr auf das Angebot eines Unternehmens richtet, ist es irgendwann aus. Das geht meist nicht schnell. Anpassungsprozesse werden aus eigener Kraft versucht. Wenn sie gelingen, genießen die Betroffenen ihren Erfolg und sprechen nicht groß davon.

Sehr oft gelingen aber solche Anpassungsprozesse nicht, weil das Kapital eine technische Gestalt hat. Es besteht in Anlagen, die eine Wirkungszeit haben, und in Menschen, deren Wissen und Geschick sich in Benutzung genau dieser Anlagen entwickelt hat, das Management kennt die spezifischen Einkaufs- und Absatzmärkte. All das führt zu einem Beharrungsvermögen und macht Richtungswechsel schwer, auch wenn eigentlich so ziemlich aller Welt schon klar ist, dass es „so“ nicht mehr „ewig“ weitergeht.

Auf solche festgefahrenen Unternehmen werfen sich die Finanzgesellschaften. Sie werden verwertet. Und natürlich kommen dabei auch schamlose Abzweigungen vor, insbesondere in Richtung zu dem Führungspersonal, das für solche brutalen Aktionen gebraucht wird.

Verschlanken mit Risiken

In Deutschland gibt es Kruppianer, Benzler, Boschler, Siemensianer und was dergleichen seltsame Stämme mehr sind. Das Unternehmen überstrahlt die Einzelnen und stiftet ihnen Identität. Der Prozess bindet das gesamte Stammepersonal zusammen, von den Spitzen bis zur Basis. Typischerweise verläuft die ganze Biografie in der Firma, man ist dort lebenslänglich. Die Kraft eines solchen Unternehmens ist der Stolz der Belegschaft. Typischerweise entwickeln sich betriebsinterne „soziale“ Leistungen und Einrichtungen. Ökonomisch wichtig ist, dass die Eigener viel Geld im Unternehmen lassen, d.h. die Akkumulation verläuft in der Firma. Dieses Modell entwickelt sich vor allem, wenn die entsprechende Firma eine Monopolstellung hat oder wenigstens sehr stark ist. Solche Firmen haben die Tendenz, sich immer größere Teile ihrer Zulieferer oder auch ihrer Vertriebsorganisation einzuräumen. Sie werden im Lauf der Zeit technisch uneinheitlich. Es bildet sich ein Gemenge von „rentablen“ und „unrentablen“ Bereichen heraus.

Diese Entwicklungstendenz wird durch politische Rahmenbedingungen, vor allem die Steuern, stark beeinflusst. Wird das Steuersystem dahin geändert, dass Entnahmen erleichtert werden, kommt das funktionierende Kapital an die kurze Leine. Es muss seine Erträge ausweisen. Über die Verwendung des

Profits wird dann anderswo entschieden.

Es war die von Blair abgeschaute Geschäftsidee der SPD, in eine solche Richtung zu gehen, um den nötigen Umbau der Wirtschaft zu erleichtern. Die dafür maßgebliche strategische Leitlinie war, dass sich die Wirtschaftstätigkeit vom produzierenden Gewerbe in den neuen Dienstleistungssektor verschoben habe und weiter verschieben werde.

Es wurden also Bedingungen geschaffen, die dazu führen, dass sich der Ertrag des Kapitals nicht mehr bevorzugt in den bestehenden Firmen ablagert. Wo dann?

Nicht nur bei den Eigentümern des Kapitals, den Anteilseignern, die als „Shareholder“ berüchtigt wurden. Ein ganz beachtlicher Teil landet auch bei den neuen Führungskräften, die es anlegen. Zusammen mit den Ersparnissen der Lohnabhängigen bilden sich große Rücklagen, deren Rückverwandlung in fungierendes Kapital das Geschäft von Investmentspezialisten ist. Wo große Gewinne innerhalb der Unternehmen akkumuliert werden, bilden diese eigene Investment- und Kreditabteilungen aus. Moderne Betriebsführung vermeidet streng, dass sich in einem funktionierenden Kapital Reserven ansammeln. Der Profit wird abgezogen. Die Abteilung, Niederlassung, Konzerntochter etc. muss „schlank“ bleiben.

Das war ein Ziel, das die SPD mit den Führungskräften der Wirtschaft gemeinsam hatte und die Genossen mit den Bossen verband.

Die dieser Politik entsprechende Entwicklung der Wirtschaft enthält selbstverständlich spezifische Risiken. Die an so kurzen Zügen geführten Unternehmensteile sehen bei immer wieder vorkommenden Flauten, Marktstörungen usw. sehr schnell sehr schlecht aus. Sie haben nichts zuzusetzen, belastbare Reserven fehlen. Sie sind extrem auf den Kredit angewiesen und können kaputt gehen, obwohl die Geschäftsaussichten auf mittlere Frist gar nicht mal so schlecht wären. Das ist dann auch oft genug geschehen. Große Werte wurden vernichtet. Jeder kennt die Beispiele.

Kritik? Propagandacoup!

Enthält Münteferings Kritik irgendeine Maßnahme, die dieser Gefahr begegnen könnte? Wer den Job-Gipfel bis in seine langsam auslaufenden Niederungen beobachtet, weiß es: Die Senkung der Erbschaftssteuer soll es bringen. Die Unternehmen, die in der Hand der Erben bleiben, sollen pro Betriebsjahr 10% der Erbschaftssteuer gutgeschrieben kriegen. Auf diese Weise würden die Eigener animiert, a) mehr Geld im Unternehmen zu lassen und b) ihre Erben zur Fortset-

zung des Geschäfts zu erziehen. Ausgerechnet die SPD greift zu einem Programm der Verfestigung des Unternehmertums als soziale Klasse.

Wie kann solches Treiben als Kapitalismuskritik verstanden werden? Das geht nur, wenn man auf die in Deutschland tief sitzende Unterscheidung von „schaaffendem“ und „raffendem“ Kapital zurückgreift, Reden von der totalen Ökonomisierung führt und sich an deren Verwandtschaft mit den Ideologien und Theorien des Nationalsozialismus nicht stößt.

Aber wie schon gesagt, dem SPD-Vorsitzenden geht es im Wesentlichen nicht um Änderungen im System Wirtschaft. Er nimmt die Kränkungen, Verluste und Verlustängste aus der Gesellschaft auf, um damit ein Propagandaspiel zu treiben. Müntefering sucht gesellschaftlichen Rückhalt, weil der Staat seiner Meinung nach mehr Geld haben muss. Der Propagandacoup war komplex angelegt. Die eine Komponente sollte eine Stimmung gegen das Kapital, das raffende, heuschreckenartige machen. Das hat funktioniert. Die andere Komponente sollte den Ruf des Staates im Vergleich zur Wirtschaft heben. Das hat schon deutlich weniger gut gegangen.

Die dritte entscheidende Komponen-



te soll die Partei ermutigen, sich als Überbringer staatlich organisierten Glücks erfolgreich um die Wählerschaft zu bemühen. Das wäre der Hauptpunkt gewesen. Und gerade das scheint nicht zu funktionieren. Jedenfalls kam Münteferings Feldversuch am 1. Mai in Duisburg nicht so richtig an. Die diskriminierende, oft gedanken- und mitleidlose Sozialpolitik der rot-grünen Koalition steht dem im Wege. alk, maf

1 www.spd.de: Programmforen – Die Kraft der Idee:

23. Februar 2005, Wohlstand – heute und morgen,
23. März 2005 Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt,

13. April 2005 Demokratie – Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit,

19. Mai 2005 Im Mittelpunkt – Der Mensch

2 www.spd.de. Rede des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering auf dem 3. Programmforum der SPD, „Demokratie. Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit“, am Mittwoch, dem 13. April 2005, Willy-Brandt-Haus, Berlin

Mindestlohn, Gewerkschaftsrechte, Rechte der Wanderarbeiter ... Eindrücke vom internationalen 1. Mai 2005



USA

In New York versuchte der Bürgermeister zunächst, die 1.Mai-Demonstration zu verbieten, musste dann aber eine Rückzieher machen. Die größte Mai-Demonstration innerhalb der USA fand in Los Angeles (Bild oben) statt, einer Stadt mit hohem Anteil an Migrantinnen und Migranten. Forderung gegen die Illegalisierung und besondere Unterdrückung von Migranten standen im Mittelpunkt der Demonstration.

Japan

In 350 japanischen Städten fanden in diesem Jahr Mai-Demonstrationen statt, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Zentrale Forderungen richteten sich auf Ächtung von Atomwaffen – in diesem Jahr jährt sich der Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki zum 60. Mal –, gegen die geplanten Steuererhöhungen der Regierung und gegen die beabsichtigte Änderung der Verfassung, mit der eine Mehrheit des Parlaments den Weg für die weitere Militarisierung der japanischen Außenpolitik freimachen will. (s. auch PB 9, S. 9)

Thailand

Allein in der Hauptstadt Bangkok demonstrierten nach Polizeiangaben rund 7000 Menschen. Die Gewerkschaftsbewegung fordert die Erhöhung der Mindestlöhne von derzeit je nach Provinz zwischen 3,40 und 4,40 US-\$ pro Tag auf 4,59 bis 5,9 US-. Außerdem fordert sie ein Verbot der Weitervermietung von Arbeitern, weil das den Unternehmen ermöglicht, die Löhne noch weiter zu drücken. Die Regierung sprach sich postwendend gegen die Erhöhung der Mindestlöhne aus, weil dies die thailändischen Unternehmen zu sehr belaste. Stattdessen kündigte sie an, die Wanderarbeit stärker regulieren zu wollen.

Marokko

Im 50. Jahr ihres Bestehens führten die Gewerkschaften in ca. 30 Städten, u.a. in Casablanca, Mai-Demonstrationen durch. Die Probleme der marokkanischen Gewerkschaftsbewegung sind gewaltig. Noch immer ist das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluss und gewerkschaftliche Betätigung nicht sicher garantiert, ständig werden Arbeiterrechte verletzt. Gerade gegen-



wärtig bereitet die Regierung zwei Gesetze vor, die die weitere Regulierung des Streikrechts bezwecken. Das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung stand deshalb im Zentrum der Demonstratio-



nen, dazu die Stärkung der sozialen Sicherheit, die Verbesserung des Rentensystems und die Anhebung der Löhne. (Bild 2004)

Haifa

An der Demonstration der unabhängigen Gewerkschaft WAC – Ma'an in Haifa beteiligten sich Hunderte arabische Bau- und Landarbeiter. Die Gewerkschaft mit Sitz in Nazareth hatte ihren Schwerpunkt zunächst im Baubereich, unternimmt aber seit letztem Jahr große Anstrengungen in anderen Bereichen, vor allem bei der Organisierung von Landarbeitern und Zeitarbeitern. Auch wurden im vergangenen Jahr erstmals in größerem Umfang Frauen organisiert. WAC sucht auch die Vernetzung mit den Gewerkschaften anderer Länder. Das Bild zeigt eine Zusammenkunft von palästinensischen und türkischen Bauarbeiterarbeiten in Tel Aviv mit einer Delegation des Europäischen Gewerkschaftsbundes im letzten Jahr.



EuroMayDay

In mehreren europäischen Metropolen führte die EuroMayDay-Bewegung Demonstrationen durch, so in Barcelona, Rom, London, Liege, Amsterdam, Hamburg ... Insgesamt sollen sich ersten Berichten zufolge 150.000 beteiligt haben. Die EuroMayDay-Bewegung versteht sich als europaweite Mobilisierung und Vernetzung rund um prekarisierte Arbeits- und Lebensverhältnisse, für globale Rechte. Bild: Hamburg

DÜSSELDORF. Am 22. Mai wird in NRW ein neuer Landtag gewählt. Die DGB-Jugend NRW nutzte die Kundgebungen zum 1. Mai, um ein Flugblatt gegen die zur Landtagswahl kandidierenden neofaschistischen Parteien zu verteilen. In NRW kandidieren NPD und REP flächendeckend in fast allen Wahlkreisen. Die DGB-Jugend schreibt u.a.: „Statistisch gesehen werden jeden Tag in Deutschland drei rechtsextrem oder rassistisch motivierte Straftaten begangen. Die Opfer sind Flüchtlinge, Migranten und Migranten, Obdachlose, Homosexuelle, linke Jugendliche und Gewerkschafter.“

Überall da, wo rechte Parteien gewählt werden, können sich Ungleichheit, Gewalt und Un gerechtigkeit ein Stück Raum erkämpfen. Das wollen wir nicht zulassen. Deshalb müssen möglichst viele Menschen wählen gehen. Rechte Parteien profitieren von den Nichtwählern, weil dadurch ihr prozentualer Stimmenanteil steigt. Deshalb: Wer nicht wählt, wählt rechts! Wählen gehen! – Gegen Nazis! www.dgb-jugend-nrw.de

Regierung soll in Abrüstung von Atomwaffen aktiv werden

BERLIN. Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, hat am 18. April 2005 die gemeinsamen Erklärungen von 130 deutschen BürgermeisterInnen in Empfang genommen, die einen Abzug der US-Atomwaffen vom deutschen Boden fordern. Die Erklärungen übergab der Koordinator der deutschen Bürgermeister für den Frieden, Bernd Grimpe (Referent des OB Schmalstieg, Hannover) gemeinsam mit der Aktion Völkerrecht mit SchülerInnen aus Heidelberg und der Greenpeace Jugend aus Berlin. Die drei Gruppen beteiligen sich an der Kampagne „atomwaffenfrei bis 2020“, die die Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2020 anstrebt. Die Erklärung der deutschen BürgermeisterInnen lehnt sich an eine entsprechende Entschließung der Bürgermeister der 1.000 größten US-Städte an. Diese fordert die derzeit tagende Überprüfungskonferenz der Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungsvertrags auf, „Verhandlungen über das Verbot und die Eliminierung von Atomwaffen und atomwaffenbezogenem Materialien zu beginnen.“

www.atomwaffenfrei.de

Hausdurchsuchung bei Atomwaffen-gegner trotz Freispruch

HEIDELBERG. Ende März 2005 wurde Hermann Theisen aus Heidelberg – nach einer Verurteilung durch das Amtsgericht Cochem – vom Landgericht Koblenz freigesprochen. Mit dem Aufruf an Soldaten, sich der nuklearen Teilhabe zu verweigern, hätten er und die anderen Angeklagten eindeutig nicht zu rechtswidrigen Straftaten aufgefordert. Am 22. April 2005 legte ihm jedoch die Heidelberger Polizei einen amtsgericht-

lichen Durchsuchungsbeschluss vor.

Bezüglich der Einschätzung der Strafbarkeit des Aufrufs hat Richterin Wild-Völpel am Landgericht ein eindeutiges Urteil gefällt: Es sei eine „respektable und diskutable“ Rechtsauffassung, dass die Lagerung von und Drohung mit Atomwaffen, die nukleare Teilhabe, verfassungs- und völkerrechtswidrig sei. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ist jedoch unbelehrbar. Sie hat Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt. Vor allem aber hat sie, bevor das Urteil rechtskräftig werden konnte, mit diesem Durchsuchungsbeschluss zu rechtswidrigen Maßnahmen gegriffen, die als Schikane und Einschüchterung begriffen werden müssen.

www.grundrechtekomitee/KIM

Jugendliche „wandern aus“ – gegen Kürzung des Landesjugendplans

POTSDAM. Am 27.4.2005 trafen sich rund 30 Vertreter Brandenburger Jugendverbände unterhalb des Landtags und zo-



gen von dort gemeinsam zum Hauptbahnhof, um dort mit einem Zug Richtung Berlin symbolisch das Land Brandenburg zu verlassen. (Bild) Sie schreiben zu ihrer Aktion „Wir packen die Koffer!“ Mit dieser Aktion kritisieren wir in scharfer Form die im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehnen Kürzungen im Landesjugendplan um fast 3 Millionen Euro in den Jahren 2005 und 2006. Mit den schon seit 2001 umgesetzten Kürzungen hat die Landesregierung die Jugendarbeit an den Rand des Abgrunds gebracht. Jetzt sollen wir offensichtlich einen Schritt weiter gehen. Wir sind nicht mehr bereit, dem fortgesetzten Kahlschlag durch die Landesregierung tatenlos zuzusehen. Brandenburgs Jugendarbeit ist nach 5 Jahren der Einschnitte an einem Punkt angekommen, wo der Landesjugendplan nur noch gut 75% des Standes von 1999 ausmacht. Wir werden die Pläne der Regierung nicht tatenlos hinnehmen! Kein Bereich des Landesjugendplans kann weitere Einschnitte verkraften! Egal wo der Rotstift angesetzt wird: das Kabinett kürzt der Jugend die Zukunft.“ www.ljr-brandenburg.de

GEW-Gewerkschaftstag gegen Berufsverbot von Michael Császkóczy

ERFURT. Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat am 27.4.2005 in Erfurt die Aufhebung des Berufsverbots für den Heidelberger Realschullehrer Michael Császkóczy verlangt. „Der neue Ministerpräsident Günther Oettinger steht für mehr Dialog und Toleranz. Er sollte deshalb ein Zeichen gegen Diskriminierung setzen und Császkóczy in den Schuldienst übernehmen“, sagte in Erfurt der baden-württembergische GEW-Landesvorsitzende Rainer Dahlem.

**22. Mai 2005 – Landtagswahl
in NRW. Du hast eine Stimme.
Nutze sie!
Wähle Demokraten!**

Wir wollen dir nicht sagen, was oder wen du wählen sollst. Aber wir fordern dich auf, demokratisch zu wählen. Gib rechtsextremen Parteien keine Chance – und vor allem nicht deine Stimme! Deshalb:

**Wählen gehen! –
Gegen Nazis!**



Seit 2004 wird Csaszkozy die Einstellung in den Schuldienst in den Schuldienst verweigert, weil dieser sich für eine Antifaschistische Initiative in Heidelberg engagiert. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das die Berufsverbotspraxis aus den 70er Jahren wiederbelebt. www.gew.de

Hamburger Senat will 5000 afghanische Flüchtlinge abschieben

HAMBURG. Der Senat will ab Mai, inzwischen ausdrücklich unterstützt durch die Innenminister der CDU-regierten Bundesländer, 5000 der etwa 15.000 in der Hansestadt lebenden afghanischen Flüchtlinge abschieben. Am 30.4. ist der von der Innenministerkonferenz erlassene und verlängerte Abschiebestopp in das nach wie vor höchst unsichere und von katastrophalen Lebensbedingungen geprägte Land abgelaufen. Ab sofort sollen zunächst rund 500 allein stehende Männer zwischen 18 und 60 abgeschoben werden. Bei „freiwilliger“ Ausreise gibt es eine Prämie von 1.300 Euro.

Flüchtlingsgruppen, kirchliche Kreise, die GEW, die GAL-Bürgerschaftsfaktion u.a. organisieren für den 2. Mai eine Veranstaltung gegen die Abschiebung. Auch Pro Asyl protestiert nachdrücklich. Der gerade von einer Recherchereise aus Afghanistan zurückgekehrte Rechtsanwalt Viktor Pfaff erklärte, dass weder die afghanische Regierung noch Nichtregierungsorganisationen Abschiebungen derzeit für vertretbar halten. „In der Hauptstadt ist weder eine Unterbringung von Rückkehrern möglich, die kein Obdach haben, noch besteht eine ausreichende medizinische Grundversorgung in den Lagern, in denen sich schon jetzt Rückkehrer aus Iran und Pakistan sowie Binnenflüchtlinge aufhalten.“ *lbhh*

Kultusminister sollen Flüchtlings-kindern Schulbildung garantieren

ERFURT. Alle statuslosen und Flüchtlingskinder sollen Schulen und Kindertageseinrichtungen besuchen können. Dafür haben sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und das entwicklungspolitische Kinderhilfswerk terre des hommes stark gemacht. Die Kultusminister und Jugendminister der Länder sollen sich auf gemeinsame Regelungen verständigen und den Schulbesuch mindestens bis zur 10. Klasse garantieren. Tausende Kinder in der Bundesrepublik sind von der allgemeinen Schulpflicht ausgeschlossen. Ihre Eltern warten auf politisches Asyl, die Familien sind in Deutschland nur geduldet oder sie haben keinerlei Aufenthaltsstatus. „Jedes Kind hat das Recht auf Bildung. Dabei ist egal, wo das Kind lebt und welchen Aufenthaltsstatus es hat“, sagten die Ju-

risten Björn Harmening, terre des hommes, und Ralf Fodor für die GEW auf dem Gewerkschaftstag der Bildungsgewerkschaft in Erfurt. Sie stellten die terre des hommes-Studie „Wir bleiben draußen. Schulpflicht und Schulecht von Flüchtlingskindern in Deutschland“ und das GEW-Gutachten „Das Recht des statuslosen Kindes auf Bildung“ vor. „Wir wollen die beiden Expertisen nutzen, um auf Politiker Einfluss für eine Veränderung der Rechtsgrundlage zu nehmen“, kündigte GEW-Vorstandsmitglied Norbert Hocke an. „Die Diskriminierung von statuslosen und Flüchtlingskindern muss endlich beendet werden.“ www.tdh.de



Personalräte und ver.di rufen zur Rettung des hessischen LWV auf

FRANKFURT/MAIN. Die Beschäftigten im hessischen Landeswohlfahrtsverband (LWV) und seinen Einrichtungen lassen nicht locker in ihrem Kampf um den Erhalt des Verbandes und gegen die Privatisierung seiner Kliniken und Heime: Mit inzwischen mehr als 1000 Solidaritätserklärungen auf ihrer eigenen Homepage erfahren die LWV-Beschäftigten inzwischen auch bundesweit breite Unterstützung für ihre Anliegen.

Ihre Forderungen lauten:

1. Erhalt des LWV Hessen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe
2. Erhalt der öffentlichen Trägerschaft für die Einrichtungen des LWV
3. Erhalt der Standorte und Arbeitsplätze der LWV-Einrichtungen
4. Beibehaltung der Mitgliedschaft der LWV-Einrichtungen im kommunalen Arbeitgeberverband
5. Keine Austragung die notwendigen Reformen zu Lasten der Arbeitsqualität und damit auch nicht auf dem Rücken der LWV-Beschäftigten
6. Anerkennung der Qualität der bisher geleisteten Dienstleistungen der Beschäftigten durch Beibehaltung der Tariftreue für alle Beschäftigten und Erhaltung der betrieblichen Altersversorgung bei der Zusatzversorgungskasse
7. Zukünftige Garantie der betrieblichen Mitbestimmung durch repräsentative Arbeitnehmervertreter im den Aufsichtsräten
8. Verhandlung eines Personalüberleitungstarifvertrags zwischen dem kom-

munalen Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft ver.di.

www.lvv-sozialabbau.de

Appell an die Bundesregierung: Integration statt Ausbürgerung

BERLIN. Die Föderation der demokratischen Arbeitervereine e.V. (DIDF) sammelt derzeit Unterschriften unter einen Appell an die Bundesregierung. Darin heißt es: „Laut Angaben des Bundesinnenministeriums droht mehr als 50.000 eingebürgerten Menschen (aus der Türkei) in Deutschland der Verlust ihrer deutschen Staatsbürgerschaft. Das Recht auf eine erleichterte Staatsbürgerschaft war für viele Migrantinnen und Migranten ein erster Schritt zur juristischen Gleichstellung in dieser Gesellschaft. Familien, die seit mehr als 20 bis 30 Jahren hier leben und ihren Lebensmittelpunkt hier haben und ihren Herkunftsland nach dem 1.01.2001 den Behörden (Konsulate/Botschaften) nicht zurückerstattet haben, sollen nun ihren deutschen Pass verlieren. Zudem soll ihr Aufenthaltsstatus in Deutschland nach dem Zuwanderungsgesetz niedergestuft werden ... Wir als Migrantenselbstorganisation verstehen uns als Brücke zum friedlichen Miteinander in dieser Gesellschaft und möchten deshalb alle Einrichtungen dazu aufrufen, das Schweigen zu brechen und initiativ zu handeln. Betroffene, die zu ‚Tätern‘ gemacht werden, dürfen nicht im Stich gelassen werden! Daher fordern wir sowohl Bundesregierung als auch die Länderregierungen dazu auf, Migrantinnen und Migranten über die vorstehende Sachlage aufzuklären und eine sofortige Lösung zu entwickeln, ohne es in eine rechtspopulistische Kampagne der Diffamierung und Ausgrenzung ausarten zu lassen.

DESHALB FORDERN WIR:

- Statt der Streichung der deutschen Staatsbürgerschaft, sollen unverzüglich Verwaltungsverfahren eingeleitet werden, in denen die Betroffenen entscheiden können, welche der beiden Staatsangehörigkeiten sie behalten möchten!
- Die Einrichtung von unabhängigen Informations- und Beratungsstellen für die Betroffenen.“ www.didf.de

Am 21./22. Mai 2005 bundesweiter antirassistischer Kongress in Köln

KÖLN. Das Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“ bereitet den Kongress vor. 21.5., 14–17 Uhr: Erfahrungsaustausch im Plenum, 19–22 Uhr: Arbeitsgruppen, z.Zt. 1.) Kommunale Initiativen zugunsten „Illegalisierter“, 2.) Recht auf Bleiberecht. 22.5., 10–13 Uhr: Plenum: Arbeitsgruppenergebnisse, gemeinsame Aktionen, Vernetzungen.

www.kmii-koeln.de
Zusammenstellung: baf

Hartz IV unter der Decke: ESSEN. Mit ihrer Mehrheit verhinderten CDU und Grüne am 19.4.2005 die Unterrichtung des Sozialausschuss über die Auswirkungen von Hartz IV auf den Stadthaushalt. Einen entsprechenden Antrag hatten PDS und SPD unabhängig von einander gestellt. Die Sozialdezernentin hatte einen fertigen Vortrag dazu in der Tasche. Nach jetzigem Stand wird der Stadthaushalt um 33,6 Mio. Euro entlastet, davon stammen 12 Mio. Euro aus Zuweisungen des Landes und 21,6 Mio. Euro aus Kostenersparnissen für die Stadt. Mit Blick auf den Landtagswahlkampf will die CDU die Zahlen unter der Decke halten, denn sie passen nicht in die Wahlkampfstrategie gegen Rot-Grün. Die SPD wiederum will die Entlastung des Stadthaushaltes als großen Erfolg für die Hartz-IV-Reform feiern und damit von den Folgen der sogenannten Arbeitsmarktreform für die Betroffenen ablenken. Die PDS will vor allem Auskünfte, wie die Situation für die Betroffenen ist: Wie viele Menschen – vor allem Frauen – haben ihren Krankenversicherungsschutz verloren, weil sie aus dem Leistungsbezug gedrängt wurden? Wie viele Menschen wurden oder werden in der nächsten Zeit mit Umzugsforderungen konfrontiert? Wie viele Ein-Euro-Jobber gibt es bereits in Essen und wo arbeiten sie? Wie viele wurden mit Sanktionen wie der Kürzung des Alg II belegt? Die Fragen sollen jetzt schriftlich von der Verwaltung beantwortet werden und dem Sozialausschuss am 17. Mai vorliegen.

www.pds-essen-im-rat.de

Hartz IV und Mietkosten: BERLIN. Zum 1. Juli müssen gemäß Hartz IV Richtlinien zum „Mietgeld“ in Kraft treten. Über deren Inhalte war zwischen der Sozialsenatorin Knake-Werner (PDS) und dem Finanzsenator Sarrazin (SPD) Streit entstanden. Erstere orientiert sich an dem Leitmotiv: „Wir wollen nicht massenhaft Umzüge provozieren.“ Letzterer rein an den Kosten. Berlin hat relativ günstige große Wohnungen. Knake-Werner will deshalb, dass als Kriterium nicht die Wohnungsgröße, sondern die Miethöhe herangezogen wird. Sie denkt an 5,99 Euro/qm, Sarrazin an 4,99 Euro/qm. Da in Berlin die Betriebskosten (Heizung, Wasser, Müllabfuhr u.a.m.) relativ hoch sind, will Sarrazin die Bruttokaltmiete als Grundlage, Knake-Werner die Nettokaltmiete. Ein Kompromiss wurde Ende April gefunden. Die Wohnungsgroße soll kein Kriterium sein. Dafür soll bei der Festlegung der Höhe des Mietgeldes die Bruttokaltmiete zugrunde gelegt werden. Wer die Grenze überschreitet, muss grundsätzlich umziehen. Die genaue Höhe wurde jedoch noch nicht festgelegt. Für (neue) ALG-

II Empfänger sieht der Kompromiss vor, dass sie mindestens 1 Jahr lang in ihrer bisherigen Wohnung bleiben dürfen. Dann tritt die nach dem Bundesgesetz vorgesehene Frist von 6 Monaten in Kraft, in der der Betroffene seine Mietkosten senken muss – entweder durch Unter Vermietung, durch Senkung der Betriebskosten oder eben durch Umzug. Der DGB Berlin/Brandenburg mit seinen Einzelgewerkschaften, das Berliner Arbeitslosenzentrum und der Berliner Mietergemeinschaft e.V. haben die Position der Sozialsenatorin in einem offenen Brief unterstützt. (har)



Spektakuläre Aktion gegen Zwangs umzüge: HEILBRONN. Mit einer spektakulären Aktion in der Heilbronner Innenstadt machte das Kommunalbündnis HOPP auf die Zwangsumzüge durch Hartz IV aufmerksam. Auf dem Hafenmarkt wurde eine Wand von Umzugskartons aufgebaut mit Sprüchen wie „Hartz IV macht mobil“, „Umzüge Schröder, Clement & Co“, „Ihre Wohnung ist unangemessen“ usw. Davor waren 5 lange Tapetenbahnen ausgelegt, wo Passanten ihre Miete für Haushalte mit 1 bis 5 Personen eintragen konnten. Auf jeder Tapetenbahn wurden die Mietobergrenzen für Empfänger von Arbeitslosengeld II farbig markiert. Die meisten Mitbürger konnten daran ablesen, dass sie im Fall der Arbeitslosigkeit nach einem Jahr auch vom Verlust ihrer Mietwohnung bedroht wären.

Das überparteiliche Bündnis HOPP fordert in seinem Flugblatt die Schaffung von ausreichendem und preisgünstigem Wohnraum, konkret mindestens 2.000 renovierte oder neu gebaute Sozialwohnungen für Heilbronn (für die 120.000 Einwohner der Stadt fehlen nach realistischen Schätzungen derzeitig mindestens 1.500 Mietwohnungen). Nach Einschätzung von HOPP ist gerade in Baden-Württemberg die Wohnpolitik der letzten Jahrzehnte einseitig auf Eigentumswohnungen und Eigenheime ausgerichtet, und geht damit am Bedarf großer Bevölkerungsgruppen vorbei.

Aus dem ausführlichen Bericht von HOPP, Kommunaler ALLtag 4/2005

Doch einmalige Beihilfen für notleidende Schwangere und Neugeborene: STUTTGART. In den ersten drei Monaten nach Einführung der Hartz IV Gesetze gab das JobCenter (gemeinsame Einrichtung der Stadt und der Bundesagentur) die Auskunft, Schwangere, die Anspruch auf Leistungen des Alg II haben, und deren neugeborene Kinder bekämen nur noch einzelne ge ringe einmalige Beihilfen für die Erstausstattung an Kleidung und Einrichtungsgegenständen. Und die Pauschale für die Erstlingsbekleidung werde erst nach der Geburt ausgezahlt.

Nachdem sie durch Personen im Sozialberatungsbereich informiert worden war, intervenierte die PDS-Stadträtin Ulrike Küstler. Nach längerem Hin und Her wurde im JobCenter und von der Leitung des städtischen Sozialamtes zugestanden: Empfängerinnen von Alg II und von Sozialgeld werden gleich behandelt, und zwar erhalten sie alle auch die vor Inkrafttreten von Hartz IV gewährten einmaligen Beihilfen.

Es lohnt sich, Hilfe zu suchen und zu widersprechen.

Kommunale Berichte Stuttgart 9/2005

Zuverdienstregelungen sind eine Mogelpackung: WUPPERTAL. Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und der Arbeitsmarktexperte der Union, Karl-Josef Laumann, haben beim „Job-Gipfel“ eine „schnelle“ Einigung erzielt. Auf den ersten Blick bewirkt sie eine verbesserte Einkommenssituation von erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Beziehenden. Bei näherem Hinsehen stellt man fest, dass der neue gedeckelte Grundfreibetrag von 100 EUR als wesentliches Element der neuen Regelung besonders diejenigen abstrafft, bei denen die Erzielung von Erwerbseinkommen mit höheren Aufwendungen verbunden ist. Betroffene mit hohen Werbungs-, Fahrt- oder Kinderbetreuungskosten sowie Freiberufler und Kleinselbstständige mit hohen Betriebskosten werden durch die Neuregelung vielfach sogar schlechter gestellt. Wenn der jetzt beschlossene Grundfreibetrag dazu führt, dass die Aufwendungen für Krankheits-, Pflege- und Rentenvorsorge nicht mehr gesondert abgesetzt werden können, stehen Selbstständige vor der Entscheidung, entweder ihre private Absicherung oder ihren Betrieb aufzugeben. Alle Bezieher/innen von sonstigen Einkünften, wie z.B. Unfallrente, erkleckliche Sparzinsen, Mutterschaftsgeld oder die Steuerrückerstattung vom Vorjahr, hatten bislang die Möglichkeit, davon zumindest die Versicherungspauschale, die Kfz-Haftpflichtversicherung und die Beiträge für die „Riesterrente“ abzusetzen, bevor das Einkommen auf die Leistung angerechnet wur

de. Die nun neu vereinbarten Eckpunkte sehen eine Absetzmöglichkeit bei solchen Einkünften gar nicht mehr vor.

www.tacheles-sozialhilfe.de

Streit um 1-Euro-Jobs wird schärfer:

Berlin. Die Absicht der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit und des Senats, in Berlin bis zu 46.000 „1-Euro-Jobs“ zu schaffen, stößt auf Widerstand. 13.000 solcher Jobs sind bereits eingerichtet, 33.000 sollen noch folgen. Am 19.4. kritisierte der Hauptpersonalrat der Verwaltung das Vorhaben als „Verdrängungswettbewerb zu Lasten von tarifgebundenen Arbeitsplätzen“. Die Betreuung von Demenzkranken, Sitz- und Nachtwachen oder die von der Schulverwaltung geplanten Jobs in Kitas und Schulen seien „Kern- und Pflichtaufgaben“ des öffentlichen Dienstes. Auch „bei der Pflege der Grünflächen wird jetzt schon getrickst, um Billig-Kräfte einzusetzen“. Da die Betroffenen keine Arbeitnehmerrechte haben, entstehe „ein riesiger Bereich von ungeschützter Arbeit, der aufgrund von Sanktionsmöglichkeiten bei Fehlverhalten sehr schnell in Richtung ‚Zwangarbeit‘ abdriften kann“, kritisierte der Hauptpersonalrat.

Zwei Tage später konterte ein Bezirksbürgermeister mit der Forderung, alle kommunalen Aufgaben, die nicht bezahlt werden könnten, für 1-Euro-Jobs freizugeben: „Zusätzlich ist das, was nicht gemacht werden kann, weil kein Geld dafür da ist.“ Ihm antwortete der IHK-Präsident: Wenn das die Regel für 1-Euro-Jobs werde, warum dann nicht auch Bürgermeister für 1 Euro? Die Praxis der Bezirke bedrohte Unternehmen mit dem Ruin. Die Maler-Innung ergänzte: 9.000 Maler seien in Berlin arbeitslos, „mehrere hundert könnten in Lohn und Brot stehen“, wenn die Bezirke ihre Aufträge wieder an Firmen vergäben. Ein Versuch der Senatsverwaltung für Wirtschaft, in einer „Positivliste“ mit Handwerkskammer und IHK erlaubte 1-Euro-Jobs zu beschreiben, scheiterte.

DGB und Kammern wollen statt dessen jeden einzelnen Antrag prüfen und so viel Anträge wie möglich ablehnen. „In den Wirtschaftsverbänden mehren sich die Stimmen, die Ein-Euro-Jobs komplett abzuschaffen“, schrieb die „Berliner Zeitung“ am 30.4. IG Metall Berlin und ver.di fordern das schon offen. Auch der Unternehmerverband Berlin Brandenburg (UVB) wird kritisch.

Am 27.4. erschien eine Erklärung von UVB und DGB, in der diese Ein-Euro-Jobs für Personen unter 25 Jahren grundsätzlich ablehnen. „An Stelle der 1-Euro-Jobs müssen für arbeitslose Jugendliche alle Möglichkeiten der Integration in oder Heranführung an reguläre Arbeit genutzt werden. Oberstes



Ziel für Jugendliche muss Qualifizierung und Ausbildung sein.“ (rül)

Erste Klage gegen 1-Euro-Jobs:

WEIDA. Der erste Fall von Missbrauch der 1-Euro-Jobs beschäftigt in Thüringen die Justiz. Angeklagt ist die Stadt Weida, die Arbeitskräfte zum Schneeräumen und als Erzieher im Kindergarten eingesetzt haben soll. In mehr als acht Fällen habe die Ostthüringer Kommune Weida (Erfurt) 1-Euro-Jobber in Bereichen eingesetzt, die zum ersten Arbeitsmarkt in Konkurrenz stehen, kritisiert Matthias Beer von der IG Metall Gera. Die Gewerkschaft habe daraufhin in Abstimmung mit den Betroffenen Klage gegen die Stadt als Arbeitgeber eingereicht. Dort wollte sich Bürgermeister Werner Beyer allerdings nicht zu den Vorwürfen äußern: „Das Verfahren laufe noch“, hieß es.

Nach Ansicht der IG Metall wird der Prozess Mustercharakter haben. Denn es gebe in Thüringen hunderte Fälle, in denen Ein-Euro-Jobber keine gemeinnützigen Arbeiten verrichten. „Oft werden sie gezwungen, falsche Tätigkeitsberichte zu unterschreiben“, sagte Matthias Beer. Die Angst um den Zusatzverdienst halte viele von rechtlichen Schritten ab. „Ein großer Fehler“, wie Brigitte Baki vom DGB erklärt. Denn wer mit seinem 1-Euro-Job in Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt steht, „kann eine Festanstellung einklagen“, so Baki. Grund ist eine Gesetzeslücke, die für Kommunen und Bildungsträger ein noch nicht zu kalkulierendes Risiko bedeute. Quelle: Thüringische Landeszeitung, 24.4.05

„Alles im Argen“ – Ver.di schlägt Alarm:

BERLIN. „Seit der Gründung der ARGEN (nach SGB II) leisten die Beschäftigten in erheblichem Umfang Überstunden, Samstags- und in Einzelfällen sogar Sonntagsarbeit. Der Arbeitsanfall hat inzwischen so ein Ausmaß angenommen, dass bei den Kolleginnen und Kollegen gesundheitliche Beeinträchtigungen nicht mehr ausbleiben! Eine qualifizierte Vermittlung von Arbeitsplätzen findet faktisch nicht statt, weil alle Beschäftigten die Leistungsgewährung sicherstellen müssen. Die Personalbedarfsplanung

–ausstattung ist aufgrund von Hochrechnungen aus dem Jahr 2004 erfolgt. In vielen ARGEN ist noch nicht einmal diese Soll-Stärke erreicht. Tatsächlich gibt es jedoch bis zu einem Drittel mehr Bedarfsgemeinschaften, so dass die Personalausstattung inzwischen katastrophal ist. Die Tatsache, dass es keine Personalanpassung vorgenommen werden dürfen, ist ein Skandal. Arbeitsorganisation und -abläufe sind als theoretisches Modell entwickelt worden und führen in der praktischen Arbeit zu erheblichen Reibungsverlusten. Zur Zeit wird Hartz IV auf dem Rücken der Betroffenen und Beschäftigten ausgetragen!“ Ver.di fordert Anpassung des Personalbestandes, Verbesserung des EDV-Systems und der Arbeitsorganisation unter Einbeziehung von Beschäftigten und Personalräten.

ver.di Fachbereich Gemeinden

Hamburger Verein will mit einer Sammelklage die Rechtmäßigkeit von Arbeitslosengeld II anfechten:

HAMBURG. Der Hamburger Verein Contra strebt eine Sammelklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Hartz IV an. Das mit dem neuen Arbeitsmarktgesezt eingeführte Arbeitslosengeld II (ALG II) von 345 Euro liege unter dem Existenzminimum, begründete Vereins-Sprecher und Initiator Dieter Nolte den Gang nach Karlsruhe. Der Verein beruft sich auf ein Gutachten des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Bremer Rechtsprofessors Wolfgang Däubler. Nach der Expertise liegt das ALG II, zu dem Sozial- und Arbeitslosenhilfe zum 1. Januar zusammengelegt wurden, um ganze 19 Prozent unter dem Existenzminimum – „die Verteuerung nicht inbegriffen“ – warnt Nolte. „Das ist jedoch verfassungswidrig.“ Denn das Grundgesetz sichere jedem Bürger das Existenzminimum zu. „Die kleinen Leute aber werden jetzt betrogen, indem die staatliche Hilfen unter diese Grenze gesetzt werden“, empört sich der allein erziehende Vater aus Hamburg-Bergedorf, der selbst von ALG II leben muss. Bis-her hätten sich schon mehr als 500 Betroffene aus Hamburg und dem Umland für die Klage zusammengeschlossen. Contra e. V. habe auch Kontakt mit Arbeitslosen- und Sozialinitiativen in anderen Bundesländern aufgenommen. Denn nach Noltes Rechnung wird der Gang vor das Bundesverfassungsgericht etwa 30.000 Euro kosten. Um die Sammelklage finanzieren zu können, will Contra darum auch mindestens 30.000 Kläger finden, von denen jeder einen Euro beizutragen hätte.

Quelle: TAZ. www.abenteuer-soz.de

Zusammenstellung: ulj/baf

Gewerbesteueranpassung ist überfällig

FREIBURG. Die Fraktionsgemeinschaft „Unabhängige Listen“ (dazu gehört die Linke Liste Solidarische Stadt, die Liste Unabhängige Frauen und die Kulturliste, zusammen 6 Gemeinderäte, d.Red.) wird im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse eine Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes von 400 – seit dem 1.1.1991 unverändert – auf 420 beantragen. Dies ergibt eine Erhöhung der Gewerbesteuer-Nettoeinnahmen um ca. 5%. Bei ca. 120 Mio. Euro jährlicher Gewerbesteuereinnahmen sind dies nach der Berechnung der Kämmerei rund 4,5 Mio. Euro jährlich Mehreinnahmen.

Damit alleine ließe sich das strukturelle Haushaltsdefizit der Stadt Freiburg nicht schließen. Aber bevor Bäder geschlossen oder gewachsene kulturelle oder soziale Einrichtungen weiter zusammengestrichen werden, halten wir eine solche Erhöhung für dringend angezeigt. Dies umso mehr, als keine vergleichbare Stadt in Baden-Württemberg einen solchen Stillstand der Gewerbesteuer über 14 Jahre gehabt hat wie Freiburg. In diesem Zeitraum hat Karlsruhe den Hebesatz von 380 auf 410 erhöht, Heidelberg von 350 auf 400, Mannheim von 412 auf 415, Ulm von 335 auf 360, Pforzheim von 350 auf 380. Allein Stuttgart hat den Hebesatz abgesenkt von 430 auf 420. Wen trifft eine solche Gewerbesteuererhöhung? Vorrangig Aktiengesellschaften und GmbHs mit hohen Gewinnen, also gerade die Körperschaften, die bundesweit durch die Änderung des Körperschaftssteuergesetzes im Jahr 2000 um sage und schreibe 23 Milliarden in einem Jahr entlastet worden sind, nicht viel weniger in den Folgejahren. Dazu kommt die Änderung des Gewerbesteuergesetzes, die es Unternehmen

wie Pfizer mit zahlreichen Standorten möglich macht, Verluste an anderen Standorten mit Gewinnen des hiesigen Standortes aufzurechnen. Hinzu kommt für die Eigentumssteuerpflichtigen eine Reform, die bereits im ersten Anlauf eine massive Entlastung gerade für die gebracht hat, die den Spitzensteuersatz zahlen. Und schließlich darf daran erinnert werden, dass bereits unter Kohl die Vermögenssteuer abgeschafft wurde. Alles in allem eine massive Steuersenkung bundesweit für Betriebe und hohe Einkommen und Vermögen seit Jahren, ohne positive Auswirkung auf Investitionen und Arbeitsplätze, dafür aber mit einem historischen Tiefstand der vom Staat insgesamt eingezogenen Steuern.

Die Auskunft der Kämmerei ergab, dass von 9475 Gewerbebetrieben in Freiburg nur 2422 Gewerbesteuer bezahlen. Davon zahlen 771 Betriebe bis 1000 Euro, die allermeisten – nämlich 1108 Betriebe – zwischen 1.000 Euro und 10.000 Euro, und 463 zwischen 10.000 Euro und 100.000 Euro. 80 Betriebe zahlen mehr als 100.000 Euro im Jahr. Das heißt aber: nur rund ein Viertel aller Betriebe zahlt überhaupt Gewerbesteuer. Das röhrt daher, dass die Einzelunternehmer oder BGB-Gesellschafter wegen hoher Freibeträge und der Anrechenbarkeit auf die Einkommenssteuer seit dem Jahr 2000 weitgehend aus der Gewerbesteuerzahlung herausfallen. Von den verbleibenden liegen die allermeisten, nämlich 1879 Betriebe im Bereich bis 10.000 Euro/Jahr. Eine Erhöhung des Hebesatzes auf 420 würde für einen Betrieb, der jetzt beispielsweise 5.000 Euro Gewerbesteuer bezahlt, eine Steuererhöhung von 250 Euro im Jahr, also 20,83 Euro im Mo-

nat bedeuten. Wir meinen, dass es angesichts des seit 1991 nicht mehr erhöhten Hebesatzes und der von Oberbürgermeister Salomon und der Gemeinderatsmehrheit vorgesehenen Kürzungen und Streichungen notwendig ist, eine solche – wie von uns vorgeschlagene – moderate Anhebung der Gewerbesteuer vorzunehmen. Dass dies nicht geschieht, hat unter anderem darin seinen Grund, dass im Gemeinderat selbst potente Gewerbesteuerzahler sitzen, vornehmlich in den Fraktionen von CDU und Freien Wählern, die vehement dagegen polemisieren, die auch die von ihnen zu entrichtende Gewerbesteuer zu erhöhen, vor allem aber darin, dass auch die anderen Parteien – vorrangig die Grünen – nachbeten, was die Ökonomen des Kapitals vorbeten: jede Steuererhöhung sei schädlich für eine Politik der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Tatsächlich aber hat diese Politik in den letzten Jahren nur zu einer ungeheuren Vermehrung des privaten Reichtums geführt. Mit wachsenden Einnahmen könnte die Stadt wieder verstärkt investieren, in marode Schulbauten, Bäder, soziale und kulturelle Einrichtungen. Es gäbe neue Aufträge und der Abbau von Arbeitsplätzen könnte gerade im Handwerk gestoppt werden. Und dass es wegen einer Gewerbesteuererhöhung zu Fluchtbewegungen Freiburger Unternehmen ins Umland käme, glaubt ernsthaft niemand.

Es gibt keinen einzigen stichhaltigen Grund, noch länger von einer Erhöhung der Gewerbesteuer abzusehen.

Michael Moos, Stadtrat Lisst

Aus Extrablatt der LisSt zum Freiburger Doppelhaushalt. **Nachtrag:** Obwohl auch die SPD (8 Gemeinderäte) einen Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer in Freiburg unterstützte, entschied am 19. April eine Mehrheit dagegen.

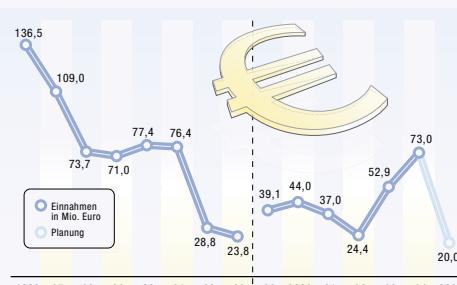
Smart für einen erneuten Absturz der kommunalen Finanzen.

Der Oberbürgermeister hat die geplante Aussprache des Gemeinderats über den Haushaltsplan jetzt erstmal in den Juli verschieben müssen.

Der Stadttetag hat mehrfach gefordert, dass in die Gewerbesteuer Elemente aufgenommen werden sollen, die die extreme Konjunkturabhängigkeit verringern. Die Wirtschaft hat das stets mit der Behauptung von „Substanzsteuerung“ abgewehrt, die Bundesregierungen sind dem gefolgt. Obwohl dieselbe Wirtschaft, auch wenn die Gewinne einmal geringer sind oder ausfallen, genauso die kommunalen Vorleistungen und Infrastruktur in Anspruch nimmt wie in Zeiten hoher Erträge.

SINDELFIGEN. Die Presse schrieb vom „kreidebleichen Finanzbürgermeister“ und ratlosen Stadträten. Statt wie erwartet mit 52 Millionen Einnahmen aus der Gewerbesteuer werde die Stadt vermutlich nur noch mit 20 Millionen Euro rechnen können. Der Finanzbürgermeister hatte am Montag, den 2. Mai, nach einem Telefonanruf aus der Firma Daimler-Chrysler die zuständigen Gremien einberufen. Der Haushaltsplanentwurf, der eigentlich am 3. Mai im Gemeinderat hätte diskutiert werden sollen, ist jetzt Makulatur. Der CDU-Fraktionsvorsitzende wird zitiert: „Unsere Haushaltsreden können wir an die Wand hängen.“ Sindelfingen ist ein extremes Beispiel für die Abhängigkeit einer Stadt von einem großen Gewerbesteuerzahler.

Entwicklung der Gewerbesteuer in Sindelfingen



Ist die Zeit einheitlicher Tarifverträge im öffentlichen Dienst vorbei?

Wie sich die Kräfteverhältnisse in diesem Staat verändert haben, und dass es doch noch einen Unterschied ausmacht, ob CDU/CSU oder SPD regieren, kann man an der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst nachvollziehen. Nach dem Tarifabschluss mit dem Bund und den Kommunen im Februar, bei dem es um eine weitreichende Tarifreform und nicht nur um eine Lohnrunde ging, hat es mehrere Versuche gegeben, diesen Abschluss auch mit den Ländern (konkret Tarifgemeinschaft deutscher Länder, TdL) zu vereinbaren. Am 25.4. stellte die Bundestarifkommission von ver.di fest, dass das Ziel, ein einheitliches Tarifrecht für die Beschäftigten von Bund, Ländern und Kommunen zu gestalten, gescheitert ist.

Bezeichnend ist, dass für die Länder drei Finanzminister Verhandlungsführer sind – nicht die Innenminister, die eigentlich sonst zuständig sind. Diese Finanzminister hatten dann auch schon im Vorfeld geklagt, wie teuer ihnen die Tarifreform kommen würde. Dass es aber nicht wirklich um das Geld geht, konnte man in der letzten Verhandlungsrunde sehen. ver.di war an 3 Punkten bereit, Zugeständnisse zu machen (siehe hierzu auch den Beschluss der Bundestarifkommission), die den Ländern einiges an Geld eingespart hätten.

Der entscheidende Knackpunkt, an dem die Verhandlungen gescheitert sind, war jedoch die Arbeitszeit. Die westlichen Bundesländer wollen an der inzwischen bei Neueinstellungen üblichen längeren Arbeitszeit (sie differiert zwischen 39 und 42 Stunden) festhalten. Dem allerdings kann ver.di nicht zustimmen, da sich dann automatisch die Arbeitszeit bei Bund und Kommunen ohne Verhandlungen verlängert würde (dies sieht eine Klausel im Tarifabschluss v. 9.2.05 vor – vgl. auch Politische Berichte Nr. 4).

Die Interessenlage der Länder ist allerdings unterschiedlich. Für einen Tarifabschluss sind 2/3 der Stimmen notwendig, das sind 9 Bundesländer. Die ostdeutschen Bundesländer haben an einer verlängerten Arbeitszeit kein Interesse. Sie haben inzwischen alleamt Sozialtarifverträge, bei denen die Beschäftigten bei reduzierter Arbeitszeit auf Einkommen verzichten. Deshalb sind sie grundsätzlich an der Übernahme der Tarifreform interessiert.

Bei den westlichen Bundesländern gibt es Hardliner wie Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, die zu keinerlei Zugeständnissen bereit sind.

NRW, Rheinland-Pfalz und das Saarland wären wohl zu einem Abschluss bereit gewesen. Vor kurzem hoffte man in Gewerkschaftskreisen noch auf die Stimme aus Schleswig-Holstein, um die neun Stimmen voll zu bekommen.

Aber selbst wenn man auf diese Zähweise einen Abschluss zustande bekommt, so wäre abzusehen, dass die TdL zerfällt. Hessen ist bereits im vergangenen Jahr ausgetreten. Bayern und Niedersachsen sind schon mit einem Bein aus der TdL raus. Berlin wurde Mitte der 90er Jahre ausgeschlossen.

Ein bleibender Eindruck bei den Verhandlungen war auch, dass seitens der

TdL auf Zeit gespielt wird. Offensichtlich wollen die mehrheitlich von der CDU-regierten Länder die NRW-Wahlen abwarten in der Hoffnung, dass nach einer weiteren Wahlniederlage der SPD Neuwahlen zum Bundestag anstehen.

Auf Seiten der Gewerkschaft geht man davon aus, dass sich evtl. eine TdL-Ost bilden wird. Im Westen wird man vermutlich nicht darum herum kommen, sich Land für Land vorzuarbeiten. Dass das bei dem geringen Organisationsgrad nicht einfach wird, wissen die Beschäftigten und ver.di. Aber anders wird es wohl nicht gehen.

(har)

Beschluss der Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst vom 25.4.2005

Im Anschluss an das Tarifergebnis mit Bund und Kommunen vom 9. Februar 2005 zu einer umfassenden Tarifreform im öffentlichen Dienst hat ver.di der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Übernahme dieses Ergebnisses angeboten. Diese hatte im Verlauf des Prozesses zur Neugestaltung durch die Kündigung der Bestimmungen zur Arbeitszeit, zur Zuwendung und zum Urlaubsgeld die Grundlage einer gemeinsamen Arbeit an der Tarifreform verlassen.

Nach intensiven Sondierungen und Verhandlungen stellt die Bundestarifkommission fest, dass die Übertragung der mit der VKA und dem Bund vereinbarten Tarifreform auf die Länder auf dem Verhandlungsweg gescheitert ist. Für dieses Scheitern trägt die TdL die volle Verantwortung. Durch das Taktieren der Verhandlungsführung der TdL ist festzustellen, dass ein für ver.di tragfähiger Kompromiss vor allem in der Arbeitszeitfrage blockiert wird.

Die Vorschläge der Arbeitgeber zur Arbeitszeitverlängerung führen nicht dazu, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Im Interesse von Millionen Arbeitslosen hält ver.di daran fest:

Arbeitszeitverlängerung vernichtet Arbeitsplätze

Die Bundestarifkommission stellt fest:

ver.di hat Bereitschaft signalisiert, für den Bereich der wissenschaftlichen Beschäftigten Kompromisse zu suchen.

Für den Bereich der Lehrer will ver.di gemeinsam mit der GEW unter Beachtung des Grundsatzes „keine Besser- oder Schlechterstellung“ tarifliche Regelungen verhandeln.

ver.di hat bei der Arbeitszeit Bereitschaft signalisiert, einheitliche Arbeitszeiten im Tarifgebiet West auch für die nach dem 1. Mai 2004 eingestellten Beschäftigten erst während der Laufzeit dieses Tarifvertrages herzustellen und im Tarifgebiet West die 38,5-Stunden-Woche sowie im Tarifgebiet Ost die 40-Stunden-Woche weiterhin zu vereinbaren.

Bei der Einmalzahlung ist ver.di bereit, den länderspezifischen Bedürfnissen durch eine Staffelung entgegen zu kommen.

Trotz dieser Kompromissbereitschaft ließ die Verhandlungsführung der Länder keine Einigungsfähigkeit erkennen.

In den Betrieben und Dienststellen der Länder muss sich nun massiv der Unmut gegen das Verhalten der TdL bemerkbar machen. Der Druck muss spürbar erhöht werden, um die Arbeitgeber im Länderbereich zum Einlenken zu bewegen.

Die Bundestarifkommission bestätigt ihre zu den Kündigungen der Arbeitszeitbestimmungen, Zuwendung und Urlaubsgeld getroffenen Beschlüsse und erklärt, dass die Verhandlungen in diesen Punkten gescheitert sind.

(Einstimmig beschlossen von der ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst am 25. April 2005 in Berlin)

Wanderarbeiter organisieren!

Am Rande der 1. Mai-Demonstration in Hamburg führte die IG Bauen-Agrar-Umwelt eine Aktion an der Baustelle der Messeerweiterung durch (siehe Bild), um gegen die Beschäftigung von 100 türkischen Arbeitern zu Dumpinglöhnen zu protestieren. Dabei verteilte sie einen Aufruf zur Organisierung von Wanderarbeitern, den wir hier dokumentieren:

Auf der Baustelle Neue Messe Hamburg werden seit einigen Monaten rund 10 türkische Kollegen mit Dumpinglöhnen ausgebeutet. Generalunternehmer dieses Prestigesobjektes sind die Hamburger Niederlassung der STRABAG und das Hamburger Bauunternehmen August Prien. Aber: Die STRABAG beschäftigt schon seit Jahren (fast) keine gewerblichen Arbeiter mehr. August Prien hat erst im Herbst wieder 30 in Hamburg lebende Handwerker entlassen.

Auf der Baustelle Neue Messe Hamburg herrscht das „Gesetz des Schweigens“. Über Löhne und Arbeitsbedingungen redet hier keiner der Arbeiter, und wenn, dann nur über den gesetz-

12,47 tatsächlich bezahlt. Jedoch: Ob nun der Zoll, andere Behörden oder die Gewerkschaft auf der Baustelle erscheint: Offiziell sind Arbeitsbedingungen und Löhne stets vorbildlich. Schweigen ist Gold und hält gesund, wird den Kollegen nachdrücklich vermittelt ... und anschließend mit schäbigem Blech entloht.

In Hamburg werden die betroffenen Arbeiter vor den geschlossenen Augen von Senat, Behörden, Zoll und Polizei zu äußerst realen Dumpinglöhnen von rund 5 Euro netto die Stunde, dem so genannten Polen-Tarif, ausgebeutet, auf privaten Baustellen ebenso wie auf Bauvorhaben der öffentlichen Hand. In Bauobjekten des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA etwa findet sich kaum ein in Hamburg lebender Bauhandwerker mehr, bei Großprojekten wie dem Elbtunnel oder dem Flughafen-Terminal 2 sieht es ähnlich aus. Auch die Neue Messe Hamburg wird (so darf vermutet werden) im Niedriglohn errichtet.

Der eigentliche Betrug erfolgt in der Regel über die Arbeitszeit. Während die

Bauleute für angeblich nur 130 bis 170 geleitete Stunden den vorgeschriebenen Mindestlohn erhalten, werden sie geneigt, für dieses Geld tatsächlich bis zu 260 Stunden im Monat zu arbeiten. So etwa verrieten mehrere Beschäftigte des ehemaligen polnischen Staatsunternehmens Budimex der IG BAU. In den vorliegenden Fällen wurden die Betroffenen um monatlich rund 800 Euro netto betrogen.

Diese Realität zeigt deutlich, dass mit Mindestlöhnen alleine wenig gewonnen ist, wenn die politisch verantwortlichen Dumpinglöhne tolerieren und durch entsprechende Gesetzeslagen förmlich herausfordern. Auch im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe ist man sich natürlich darüber im Klaren, dass die meist beauftragten billigsten Anbieter kaum in der Lage sein dürften, legal zu arbeiten.

Neu! Der Europäische Verband der Wanderarbeiter

Die IG BAU hat mittlerweile auf die katastrophale Lage der ausbeuteten Bauleute und insbesondere auf die Situation der ArbeitsmigrantInnen reagiert: Im September 2004 wurde der Europäische Verband der Wanderarbeiter gegründet. Aus dieser Organisation soll einmal so etwas wie eine europaweit agierende Gewerkschaft für alle diejenigen ArbeitnehmerInnen entstehen, die sich dazu gezwungen sehen oder sich



lichen Mindestlohn. Der beträgt zur Zeit 12,47 Euro/Stunde für Facharbeiter in Westdeutschland, liegt mehr als 2 Euro unter dem eigentlichen Tarif und genau diesen Lohn kennt jeder Arbeiter im Niedriglohnsektor auswendig. Dumm nur, dass ihn kaum jemand bekommt. Bereits vor Jahren hat die IG Bau mit ihrem allgemeinverbindlichen Mindestlohn für Betriebe des Bauhauptgewerbes eine vermeintliche Haltelinie unter die bröckelnden Tarife gezogen, von Beginn an jedoch wurde diese Haltelinie immer wieder unterholt.

Heute werden im Westen kaum einem ostdeutschen Bauhandwerker und auch keinem der Tausenden Wanderarbeiter, die vor allem aus Osteuropa nach Deutschland kommen, die gesetzlichen



dafür entscheiden, in verschiedenen europäischen Ländern zu arbeiten: also für Arbeit und ihre Existenz zu wandern.

Nach Jahren der Abwehr dieser Wanderarbeiter folgt endlich der Versuch ihrer Organisierung. Es ist mittlerweile klar, dass nur Organisation und Gegenwehr der Betroffenen im wachsenden Niedriglohnsektor Ausbeutung und die Vernichtung regulärer Arbeitsplätze stoppen können. So lange Billiglohn politisch gewollt ist, kann keine Kontrolle den kriminellen Methoden der Ausbeuter Einhalt gebieten.

Unterstützt Organisierung, diskutiert die Idee der Wanderarbeiter-Gewerkschaft, informiert euch über die European Migrant Workers Union, organisiert den nächstgelegenen Niedriglohnsektor eurer Branche.

Solidarität macht uns stark!

Illegal ist man nicht, sondern wird man gemacht.

Kontakt:

Europäischer Verband der Wanderarbeiter,
Schwanthalerstr. 64, 80336 München, Tel.
(089) 54 49 16 21, Mail: info@emwu.org,
www.migrant-workers-union.org

Lidl-Kampagne: Mitmachen erwünscht

Die Situation der Beschäftigten im Lebensmittel-Einzelhandel entwickelt sich zum permanenten Skandal. Was sind die Gründe? Die Kaufkraft im mittleren und niedrigen Einkommensbereich nimmt ab. Die Kunden müssen sparen und steigen, wo es geht, auf Billig-Angebote um. Es kommt zu einer Umschichtung des Angebotes. Der Marktanteil der sogenannte Discounter nimmt zu, die über hochorganisierte, oft europaweit operierende Verkauforganisationen ein ausgewähltes Sortiment von Waren billiger anbieten können als der herkömmliche Handel.

Diese Läden sind auf Warenumschlag ausgerichtet. Die Arbeit in diesen Läden ist in erster Linie Waren einräumen und Kasse. Anders als bei vielen anderen Arbeiten haben die einzelnen Leute hier kaum noch Einfluss auf die Qualität der Dienstleistung. Sie sollen ihre Arbeit unter Aufsicht und schnell verrichten. Dementsprechend entwickeln sich übelste Personalführungs-Konzepte. Verdeckte Aufsicht und Kontrolle, Zuträgersysteme werden gewählt, um die Personalkosten zu minimieren. Mit solchen Mitteln können, laut Schätzung von ver.di, die Personalkosten preisrelevant gesenkt werden, die Rede ist von 2, ja 3 Prozent. Der „normale“ Vorgang, bei dem Arbeitgeber nach einiger Zeit die über den Betriebs- oder Personalrat „regulierten“ Konfliktverläufe den irregulären Auseinandersetzungen vorziehen, einfach weil die Arbeit besser läuft, greift hier nicht.

Ringen sich die oft sehr Eingeschüchterten doch dazu durch, einen Betriebsrat zu gründen, sieht die Firma einen Verlust und reagiert brutal.

Die Gewerkschaft ver.di ist unter diesen Bedingungen zu der Meinung gekommen, dass Firmen wie Lidl, die diesen Weg gehen wollen, nur gezügelt wer-

den können, wenn sie mit Verlusten rechnen müssen. Für Handelsfirmen ist der gute oder wenigstens erträgliche Ruf ein Bestandteil ihres Betriebskapitals. Der gute Ruf basiert auf der Qualität der Ware und dem Preis. Aber eben nicht nur. Immer deutlicher bildet sich in den letzten Jahren in der öffentlichen Meinung eine Stimmung heraus, auch auf die menschenrechtlichen Bedingungen in der Produktionskette zu achten. Es gibt z.B. eine sehr beachtete Kampagnen gegen Kinderarbeit. Unter diesen Umständen sollte es möglich sein, Firmen, die bei ihrer Arbeitsorganisation auf verdeckte Überwachung, Beispitzung und gezieltes Ausmerzen unruhiger Elemente setzen, in der Öffentlichkeit so bloßzustellen, dass sie die Folgen in ihren Bilanzen spüren müssen. Der entscheidende Punkt ist, dass eine solche Arbeitsorganisation sich nur entfalten kann, wenn die Bildung eines Betriebsrates unterbunden werden kann.

Ver.di hat – wir berichteten – die Kampagne zur Zivilisierung der Fa. Lidl mit der Erfassung trauriger Fälle in einem „Schwarzbuch“ eingeleitet und will nun erreichen, dass für die einzelnen Filialen eine konkrete Öffentlichkeit geschaffen wird. In München sucht die örtliche Vertretung von ver.di deswegen Kontakt mit Leuten, die regelmäßig bei Lidl einkaufen und bereit wären, den Prozess der Zivilisierung von der Kundenseite her zu begleiten.

Der scharfe Wettbewerb, der unter den Discountern besteht, wird, verbunden mit der Tatsache, dass die Geschäftleitung für diese Arbeiten die Anteilnahme der Beschäftigten nicht braucht, wird dazu führen, dass eine Beobachtung der Situation in solchen Läden von der Seite des Publikums her permanent wichtig bleibt.

Kapitalismuskritik: BDI räumt Fehler ein – DIHT droht ... LZ, Mo., 25.4.05. Als Reaktion auf die kapitalismuskritischen Äußerungen des SPD-Vorsitzenden F. Müntefering machte J. Thumann, BDI-Präsident die Wirtschaft für die dramatische Lage am ostdeutschen Arbeitsmarkt verantwortlich: „Ich meine, dass wir uns der Verantwortung, auch der sozialen Verantwortung stellen müssen, bevor wir hier Arbeitsplätze abbauen.“ Als Beispiel nannte er die Abwicklung von Betrieben in Ostdeutschland. „Wir haben zu schnell abgebaut, wir haben nicht ernsthaft genug geprüft, ob wir sie nicht doch erhalten, sanieren und aufbauen können.“ Der DIHT-Präsident G.L. Braun fürchtet, dass die Kritik an Unternehmen deren Bereitschaft, weiter verringern werde, Ausbildungsplätze bereit zu stellen.

Private Altenheimbetreiber prahlen mit Niedriglöhnen. HB, Do., 28.4.05. „Etwa die Hälfte der Pflegebedürftigen sind Sozialhilfeempfänger“, sagt F. Steinhoff, Geschäftsführer der privaten Matternus-Altenheime. Angesichts des drohenden Kollapses der Pflegeversicherungen verspricht er sich die größten Wachstumschancen von preiswerten Angeboten. Dem pflichtet auch Marseille-Chef Hölzer bei.“ Es fehlt in Deutschland an Pflegeeinrichtungen der Zwei-Sterne-Kategorie.“ Kommerzielle und gemeinnützige Pflegeeinrichtungen rechnen nach den selben Sätzen ab, aber Privatunternehmen gelingt es leichter, über Kostenvorteile Gewinne zu erwirtschaften. Besonders die BAT-ungebundenen Personalkosten können tief gedrückt werden. Steinhoff: Trotz steigender Arbeitslosenzahlen fehle es immer noch an Pflegekräften in Deutschland, allmählich entspannen sich jedoch die Lage etwas, denn „immer mehr Krankenhäuser entlassen Personal, das sich dann bei uns bewirbt“.

BDI fürchtet Einführung des Chemikalien-Registriesystems „Reach“. Der BDI warnte vor dem Verlust von 1,7 Millionen Arbeitsplätzen allein in Deutschland bei der von der EU geplanten verschärften Prüfung giftiger Substanzen. Außerdem habe diese Prüfung bis zu 20 % Produktionsausfälle zur Folge. Mit der von der EU-Kommission 2003 vorgelegten Chemikalienrichtlinie sollen rund 30 000 Stoffe registriert, auf ihre Schädlichkeit geprüft und zugelassen werden. Die Verbände der Industrie haben die Brüsseler Pläne bislang vehement bekämpft. Europas Industrieverband Unice geht aber nun auf Kompromisskurs. Die Studie, von der Industrie in Auftrag gegeben zur Prüfung der Auswirkungen des geplanten Registriesystems, zeige, dass beim Streit um Reach „Lösungen in Reichweite“ seien. *Presseauswertung: rst*



Aus: Schwarz-Markt. Menschen handeln für bessere Arbeitsbedingungen. Lidl-Zeitung des ver.di Fachbereichs Handel. Nr. 1

Gesellschaft von unten verändern!

Über 180 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der PDS und linker Listen aus Ost- und Westdeutschland diskutierten am Wochenende in Köln Kommunalpolitische Leitlinien und tauschten sich über linke Politikperspektiven in den Kommunen aus. Die Kölner Stadträtin Özlem Demirel und der Fraktionsvorsitzende der Duisburger PDS-OL-Fraktion Hermann Dierkes begrüßten die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer mit einer kämpferischen Einstimmung auf den anstehenden Wahlkampf.

Gegenstand vieler Diskussionen auf der Konferenz war die Umsetzung von Hartz IV in den Kommunen. Der Parteivorsitzende der PDS Lothar Bisky stellte fest: „Wir konnten dieses Gesetz nicht verhindern. Jetzt sind wir gefordert, für Betroffene das Mögliche rauszuholen und ihre Verhandlungsmacht zu stärken.“



Der Erfahrungsaustausch ergab viele Parallelen in den Forderungen der PDS-Kommunalpolitiker in Ost- und Westdeutschland, wenn auch im Osten die Mehrheitsverhältnisse vielerorts weitaus günstiger für die Umsetzung sind. Schwerpunkte sind z.B. die Erhöhung der Mietobergrenzen für ALG-II-Beziehende und die Vermeidung von Zwangsumzügen. Bei der Vermittlung von 1-Euro-Jobs soll auf jeglichen Zwang verzichtet werden und kommunale Beiräte und Beschwerdestellen für ALG-II- und Sozialhilfebeziehende sollen eingerichtet werden. Dagmar Enkelmann, stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, und Bernd Schneider, Mitarbeiter der PDS im Europaparlament, mahnten, in der Diskussion um die EU-Richtlinie zur Schaffung eines europäischen Binnenmarkts für Dienstleistungen keine Entwarnung zu geben. Das umstrittene Bolkestein-Papier bleibt Grundlage

der Debatte im Europäischen Parlament. Die Rücknahme des Papiers bleibt eine noch unerfüllte und zugleich notwendige Forderung, wenn verhindert werden soll, dass die öffentlichen sowie kleine und mittlere private Dienstleister und mit ihnen unzählige Arbeitsplätze massiv unter Druck geraten.

Die PDS will die „Gesellschaft von unten verändern“ – so das Motto ihrer Kommunalpolitischen Konferenz. Auf den ersten Blick ein scheinbarer Widerspruch, wie Dagmar Enkelmann zur Eröffnung der Konferenz anmerkte. Sie wies auf immer enger werdende Handlungs- und Entscheidungsspielräume und eingeschränkte Kompetenzen der Kommunen hin. Trotzdem will die PDS gerade auf kommunaler Ebene neue Politikwege gehen. Deshalb erklärte sich die Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Lichtenberg, wo die PDS die Bezirksbürgermeisterin und die Ratsmehrheit stellt, bereit, im Zuge eines Modellversuchs die bundesweit ersten ganz konkreten Schritte in Richtung Beteiligungshaushalt zu gehen. Ein Experiment, das mit viel Arbeit verbunden ist, aber auch, wie in dem Workshop zum Thema deutlich wurde, Hoffnungen weckt, durch mehr Transparenz kommunalpolitischer Entscheidungen und konkreter Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung der viel beschworenen „Politikverdrossenheit“ entgegenzuwirken. „Wir wollen uns nicht damit zufrieden geben, dass Kommunalpolitik FÜR die Menschen gemacht wird, sondern sie muss MIT den Menschen und DURCH die Menschen gemacht werden,“ sagte Bisky in seiner abschließenden Rede.

Demokratisierung von unten, mehr demokratische Teilhabe: Dieser Anspruch zieht sich als Leitfaden durch die Kommunalpolitischen Leitlinien der PDS. Und die verbindet sich mit dem politischen Anspruch auf mehr soziale Gerechtigkeit, ohne die Teilhabe nicht verwirklicht werden kann.

Die PDS stellt in diesem Zusammenhang klar: Daseinsvorsorge darf nicht als Kostenfaktor betrachtet werden. Sie stellt höchste Anforderungen an Qualität und Nachhaltigkeit. Das muss Vorrang haben vor kurzfristiger Sparpolitik. Demokra-



tische und soziale Kommunen setzen eine entsprechende finanzielle Ausstattung voraus. Die PDS fordert deshalb eine verfassungsmäßige Verankerung des Konnektivitätsprinzips, eine Gewerbesteuerreform, die die Einnahmen der Kommunen verstetigt, und größere Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern.

In zahlreichen Workshops und Arbeitskreisen hatten die Konferenzteilnehmer Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Selbstverständlich reichte die Zeit nicht für wirklich gründliche Diskussionen, viele Fragen konnten nur angerissen und einzelne Lösungsansätze der Probleme aufgrund der überaus unterschiedlichen Ausgangslagen der einzelnen Kommunen allenfalls als Denkanstöße gelten. Dennoch war die Konferenz eine gute Vorbereitung auf den kommunalpolitischen Parteitag der PDS im Herbst. Hauptziel bleibt bei allen Forderungen, politische Handlungsspielräume in den Kommunen wieder herzustellen und zu erweitern.

Zusammenstellung: jöd

Nicht minder spannend als die politischen Einschätzungen von Lothar Bisky und Dagmar Enkelmann: die Lesung von Eva Weissweiler aus ihrem Roman „Tussy Marx“





**Der Berliner Verein Kontakte-Kontakty e.V. sammelt für
sowjetische Kriegsgefangene**

Engagement für „vergessene“ NS-Opfer

Im Sommer 2004 trat der Berliner Verein Kontakte-Kontakty e.V. („Kontakty“ ist das russische Wort für „Kontakte“) mit dem hier dokumentierten Aufruf zugunsten „vergessener“ NS-Opfer an die Öffentlichkeit. Durch private Spenden in Höhe eines Tageseinkommens sollten NS-Opfer, die durch bisherige Entschädigungsregelungen, insbesondere durch das Abkommen und Gesetz zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeit aus dem Jahr 2000, nicht erfasst werden, wenigstens eine kleine Entschädigung für ihr Leid und damit auch eine mehr symbolische Anerkennung als NS-Verfolgte erhalten.

„Kriegsgefangenschaft begründet keinen Leistungsanspruch“, lautet beispielsweise eine der lakonischen Formulierungen im Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, die vielen anderen Überlebenden der NS-Zwangsarbeit in den letzten Jahren Entschädigungen

zahlte, aber durch solche, auf Drängen der Wirtschaft und der Bundesregierung in das Gesetz eingebaute Formulierungen auch viele andere von jedem Anspruch auf Entschädigung ausschloss. Überlebende Kriegsgefangene etwa erhalten deshalb in der Regel von der Stiftung keinen Cent.

Unterstützt durch zahlreiche Politiker und Gewerkschafter, hat der Verein seitdem mehrere Hunderttausend Euro an privaten Spenden gesammelt und an NS-Opfer ausgezahlt.

„Ghetto-Überlebenden wurden in Kiew Geldspenden überreicht, für 350 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene in Armenien, die in besonderer Not leben, wird regelmäßig Geld überwiesen. Mit ihnen stehen wir in ständigem Kontakt. In der Ukraine konnten bislang über 600 ehemalige Kriegsgefangene bedacht werden. In Moskau gelang es, ehemalige Kriegsgefangene vor die Fernsehkameras zu holen. Sie konnten der russischen Öffentlichkeit ihre Schicksale nahe bringen und alte Vorurteile abbauen. In Berlin aber halfen keine Unterschriftenkampagne, kein Protest und keine Bitte, den ehemaligen

sowjetischen Kriegsgefangenen zu ihrem Recht zu verhelfen. Im Jahr 2000 wurde ihre Zahl noch mit 80.000 angegeben. Heute, so schätzen wir, leben noch etwa 15.000 von ihnen“, schildert der Verein Kontakte e.V. in einer Broschüre das bisher erreichte.

Jetzt versucht der Verein, gemeinsam mit Gewerkschaftern und anderen Unterstützern die Feiern und Veranstaltungen zum 60. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung vom Faschismus zu nutzen, um erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die scheinbar „vergessenen“ NS-Opfer zu lenken. Eine Delegation von zwölf ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen wird am 3. Mai in Berlin eintreffen und eine Woche lang mit Veranstaltungen, Pressekonferenzen und anderen Aktivitäten auf ihr Schicksal aufmerksam machen. Am 4. Mai wird eine Pressekonferenz stattfinden, auf der ein Vertreter des ver.di-Bundesvorstands das Anliegen des Vereins und der überlebenden NS-Opfer unterstützen und an die Bundesregierung appellieren will, durch eine Spende mitzuhelpfen, dass jeder überlebende Kriegsgefangene eine Zahlung

Aufruf:

Geben Sie einen Tagessatz Ihres Einkommens für Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer in Osteuropa, die keine Leistungen von der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erhalten können

Deutsche Unternehmen und die Bundesregierung Deutschland haben im Jahr 2000 für ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer zu gleichen Teilen ca. fünf Milliarden EUR in die Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ eingezahlt (www.stiftung-evz.de).

Inzwischen zeigt sich, dass die Mittel der Stiftung nicht ausreichen. Neben der großen Anzahl Leistungsberechtigter gibt es weitere NS-Zwangsarbeiter, die teils wegen der gesetzlichen Vorgaben, teils wegen der Knappheit der Mittel nichts erhalten. Mit einer Gesetzesänderung und einer Erhöhung des Fonds ist nicht zu rechnen.

Wir sehen keine andere Möglichkeit, als die beachtenswerte Arbeit der Stiftung, bei gleichzeitiger Unabhängigkeit, durch Bürger-Engagement zu ergänzen und die bestehenden Lücken, soweit irgend möglich, durch Spendengelder zu füllen. Dabei konzentrieren wir uns auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion, weil die Not unter den NS-Opfern dort am größten ist. Der Vorstand der Bundesstiftung begrüßt und berät unser Vorhaben.

Wir wenden uns gleichermaßen an Politiker und Politikerinnen, an Unternehmer und Gewerkschafter, an Wissenschaftlerinnen und Künstler, an Rentnerinnen, Arbeitslose und Angestellte, an Arbeiter und Beamte

Spendengelder werden vor allem benötigt für:

- NS-Zwangsarbeiter ohne ausreichende Dokumente; viele „Ostarbeiter“ haben aus Angst vor stalinistischer Verfolgung ihre Nachweise vernichtet.

- NS-Zwangsarbeiter, die Antragsfristen versäumt haben.

- Dislozierte Zwangsarbeiter, die nicht in Deutschland, sondern in ihrem Heimatstaat für die deutsche Besatzungsmacht arbeiten mussten.
 - Sowjetische Kriegsgefangene.
 - Juden und Roma, die versteckt überlebten.

Nach dem Stiftungsgesetz sind ehemalige sowjetische Kriegsgefangenen, auch wenn sie Zwangsarbeit unter unmenschlichen und völkerrechtswidrigen Bedingungen verrichten mussten, explizit von allen Leistungen ausgeschlossen. Für die anderen Personen-

gruppen gibt es Ermessensspielräume, die aber nur dann genutzt werden können, wenn Mittel vorhanden sind. Die Mittelknappheit ist in Russland und in der Ukraine besonders spürbar. Dort war die Anzahl der Antragsberechtigten zu niedrig eingeschätzt worden.

Wir bitten Sie, ehemaligen Zwangsarbeitern und anderen NS-Opfern in Osteuropa, die bisher leer ausgingen und die in Armut leben, jetzt Anteilnahme und Hilfe zu erweisen. Die Zeit drängt. Die Menschen sind alt.

Spendenkonto:

KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V.
Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00
Konto-Nr. 306 55 99 006
Kennwort: „NS-Zwangsarbeiter“

KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. erhielt die Gemeinnützigkeit für „Völkerverständigung und medizinische Hilfe“. Spenden sind steuerbegünstigt (Steuernummer 27/670/56642 beim Finanzamt für Körperschaften I, Berlin – Letzter Freistellungsbescheid vom 14.9.2001).

Bei Angabe der vollständigen Adresse wird ab 50 Euro unaufgefordert eine Spendenquittung zugeschickt.

von 300 Euro erhalten kann. Bei 15.000 Überlebenden wären maximal 4,5 Mio. Euro erforderlich. Andere Unterstützer für die Pressekonferenz werden noch gesucht.

Ein Empfang in der Berliner Verwaltungsstelle IG Metall, eine große Veranstaltung in der „Akademie der Künste“, ein Empfang bei der russischen Botschaft andere Aktivitäten sollen folgen. Am 8. Mai ist die Delegation Gast der Festveranstaltung des Deutschen Bundestags. Nur die Zusage einer Zahlung durch die Bundesregierung steht weiter aus.

Aber vielleicht finden sich ja auch in anderen Städten und Betrieben am Ende noch viele Unterstützer, die durch eine Spende auf das Konto des Vereins das Anliegen unterstützen und so einen Beitrag dafür leisten, dass die von der offiziellen Politik „vergessenen“ NS-Opfer am Ende doch nicht ganz vergessen sind. rül

Weitere Infos zu dem Projekt, seinen Unterstützern, den bisher gesammelten Spenden und zu anderen Aktivitäten des Berliner Vereins finden sich auf seiner Homepage www.kontakte-kontakt.de.

Rezensiert: „Ein Untergang als Befreiung – Der 8. Mai und die Folgen“

Unconditional surrender – bedingungslose Kapitulation

Zum ersten Mal nach der Casablanca-Konferenz am 23. Januar 1943 hatte US-Präsident Roosevelt die bedingungslose Kapitulation („unconditional surrender“) Hitlers-Deutschlands als wichtigste Zielsetzung der Anti-Hitler-Koalition gegenüber den Achsenmächten gefordert. Am 8. Mai 1945 war es soweit.

Für Stefan Doernberg, der mit seiner Familie 1935 in die Sowjetunion emigriert war, fiel das Kriegsende mit dem Abschluss der noch so blutigen Schlacht um Berlin, mit der Kapitulation der Reste der Berliner Garnison am 2. Mai zusammen. Er tippte den Befehl von General Weidling, in Anwesenheit von Generaloberst Wassili Tschukow, in die Maschine und verkündete mit einem Offizier aus dessen Stab über einen Lautsprecherwagen den Befehl zur Kapitulation an die fast 90.000 Soldaten und Offiziere, die sich am Nachmittag in Berlin gefangen gaben. Am 8. Mai war er als Deutscher und zugleich als Offizier der Roten Armee in der 7. Abteilung der 8.

Gardearmee Zeuge eines der bedeutsamsten Ereignisse des vorigen Jahrhunderts. In Berlin-Karlshorst erfuhr der 21-jährige Leutnant Doernberg von der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunden.

Gerhard Leo, ein Deutscher in der französischen Résistance, weilte zu dieser Zeit in Cognac, Südwestfrankreich, nahe der Atlantikküste. Hier hatten sich noch drei von der deutschen Wehrmacht besetzte Festungen – La Rochelle, Royan und Pointe de Graves – gehalten. Die deutschen Soldaten verweigerten die Kapitulation. Die deutschen Wehrmachtsangehörigen wurden durch Radiopropaganda und durch aus der Luft abgeworfene Flugblätter über ihre aussichtslose Lage aufgeklärt. Gerhard Leo war dabei.

Werner Knapp meldete sich als deutscher Emigrant zu der in Frankreich geschaffenen tschechoslowakischen Exillandarmee als Kriegsfreiwilliger. Nach einer Ausbildung in England wurde er als Panzerfahrer im Verbund mit dem britischen Expeditionskorps in der Normandie eingesetzt. Vor Dünkirchen musste er seinen Panzer stehen lassen und sich in die Belagerung der deutschen Festung einreihen. Hier erlebte er schließlich am 8. Mai die Kapitulation der Festungsbesatzung von Dünkirchen. Als Frontbeauftragter der „Bewegung Freies Deutschland“ versuchte auch er, in Lothringen mit Hilfe der Lautsprecherpropaganda die deutschen Soldaten zur Aufgabe des sinnlosen Widerstandes zu überreden.

Peter Gingold wurde beauftragt, mit italienischen Kameraden über die Alpen in die Piemonte zur Resistenza zu gelangen, um seine Erfahrungen zu vermitteln. Am 8. Mai 1945 war er in Turin und erlebte dort, wie die Turiner Bevölkerung mit der Brigade Garibaldi die Befreiung erlebte.

Die oben Genannten und weitere zehn Autoren haben in dem von Michael Klundt herausgegebenem Buch zum 60. Jahrestag der Befreiung Erlebnisbe-

ichte und ein Essays geschrieben oder Interviews veröffentlicht.

Michael Klundt hat als Herausgeber des Buches eine höchst aktuelle Analyse der politischen Situation als Einleitung vorangestellt.

Kurt Pätzold beschreibt die Maitage des Jahres 1945 und behandelt mehrere Begriffe, die jeweils bestimmte Aspekte erfassen: Niederlage, Kapitulation, Besetzung, Vernichtung, Zerschlagung – und den zeitweilig wohl am weitesten verbreiteten Begriff – Zusammenbruch. Er betont, dass in Ostdeutschland sich der Begriff Befreiung relativ früh eingebürgerte. Es wird auch nicht verschwiegen, das am 7. Mai in Reims/Frankreich Kapitulationsurkunden und am 8. Mai in Berlin-Karlshorst von der deutschen Wehrmachtführung unterzeichnet wurden.

Das Buch ist in drei Teile untergliedert. Im ersten Teil behandelt Günter Judick die Zusammenhänge, welche als wirklicher „Untergang“ bezeichnet werden müssen, nämlich die Niederlage der Arbeiterbewegung sowie der Aufstieg des Faschismus 1933. Kurt Pätzold befassst sich im zweiten Teil mit den Strukturen der Allianz gegen die faschistischen Achsenmächte und ihre Kollaborateure. Im dritten Teil geht es vor allem um die Frage, welche Konsequenzen aus dem 8. Mai 1945 gezogen wurden. Hier ist der Beitrag von Gerhard Stuby: „Vom ‚Feindstaat‘ zur ‚verschämten Großmacht‘ – Der 8. Mai und das Völkerrecht“ besonders lesenswert. Er behandelt die Kernpunkte der UN-Charta, das alliierte Reformprogramm für Deutschland und den Unterschied zwischen Berlin und Weimar.

Ein Buch, das sich zweifelsohne für den Geschichtsunterricht an den Schulen und Universitäten eignet.

Franz-Karl Hitze

Michael Klundt (Hg.), Ein Untergang als Befreiung – Der 8. Mai 1945 und die Folgen / PapyRossa Verlag Köln, 2005, bro., 268 S., 16,80 €, ISBN 3-89438-321-6



Micha Brumlik, Wer Sturm sät

Im Aufbau Verlag erschien in Buchform ein Essay von Prof. Micha Brumlik, Direktor des Fritz-Bauer-Instituts, in dem es um die Bewertung des Projekts „Zentrum gegen Vertreibungen“ geht, das die CDU-Abgeordneten und Bund-der-Vertriebenen-Vorsitzende Erika Steinbach betreibt. Deren Kampagne zog zunächst einmal weite Kreise und fand Unterstützung aus allen möglichen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Prof. Brumlik, der sich diesem Trend entzog, sah sich, man hat beinahe den Eindruck genötigt, seine Gründe für eine Ablehnung dieses Projektes öffentlich zu machen. Das Buch hat zweifellos auch seinen eigenen Wert als Beitrag zur geschichtlich kritischen Aufarbeitung der Ereignisse nach der Niederlage des Nazi-Staates, seine Gliederung und der Gang der Argumentation ist aber durch die Frage bestimmt, ob das Projekt Vertreibungszentrum Unterstützung verdiente.

Brumlik macht sich das Urteil nicht leicht. Seine Argumente sind für alle von Interesse, die sich mit den Verbrechen der Nazis und der darauf folgenden Nachkriegsordnung so auseinandersetzen wollen, dass nicht Normen des internationalen Zusammenlebens unterspült werden, die sich gerade in Kritik der Verbrechen des NS-Staates entwickelt haben.

Wer heute für Freizügigkeit, Niederslassungsrechts, Bleiberecht, Minderheitenrechte eintritt und sich gegen das zwangsweise Um- und Aussiedeln, die immer wieder aufflammende Praxis von Vertreibung ausspricht, muss prüfen, wie im Lichte dafür bedeutsamer Argumente sich die große Umsiedlung der Deutschen nach 1945 ausnimmt. Brumlik, der für die Respektierung der Menschenrechte eintritt, wie sie aus den Beschlüssen der UNO niedergelegt sind, sieht die große Umsiedlung als eine Verletzung der Menschenrechte, für die allerdings Rechtfertigungsgründe bestehen.

Vor diesem Hintergrund hat ihn zunächst die Erklärung Frau Steinbachs beeindruckt, die sich letztes Jahr, nachdem ihr Projekt bereits heftiger Kritik ausgesetzt war, für eine „Nulllösung“ ausgesprochen hatte, „gemäß derer die demokratische Gemeinschaft der deutschen Staatsbürger, gleich welcher ethnischen Herkunft, eventuelle rechtliche, jedoch keine moralisch begründeten Ansprüche von Vertriebenen oder ihren Rechtsnachfolgern gesetzlich abgelten soll – also genau jenen Vorschlag, den sich auch weite Kreise im heutigen Polen zu eigen gemacht haben“ (S. 10). Tatsächlich konnte man diesen Vorstoß von Frau Steinbach als einen Schritt zur

Entlastung der Beziehungen vor allem zu den Nachbargesellschaften Polens und Tschechiens verstehen. Dies wäre allerdings ein Missverständnis gewesen, denn wie Brumlik ausführt, ging Steinbachs Vorschlag keineswegs mit einer Kritik an der „Charta der Vertriebenen“ (S. 92 f) einher, die ein „nachwirkender politischer Skandal“ sei, dessen „Aussagen über die Heimatvertriebenen als „am schwersten Betroffene“ jede noch so gut gemeinte Aussage des geplanten „Zentrums gegen Vertreibungen“ widerriefen (S. 99).

Politisch führt Brumliks Position in der Frage der Vertreibung auf die von Václav Havel am 1.7.2.1995 gegebene Erklärung hin, die auch ausführlich zitiert wird (S. 244), in der es zunächst heißt, dass die tschechische Republik versucht habe, ihren Teil der Verantwortung für all das Ungute, das nach dem Krieg geschehen sei, zu beschreiben, aber nicht daran denke, „durch das Parlament legitim angeordnete Rechtsakte ... aufzuheben“. Havels Rede zielt dann auf die EU, einen Zustand der Niederlassungsfreiheit und das Recht, am Aufbau des erwählten Heimatortes teilzunehmen. Das ist der eine Strang der Argumentation, der darauf abzielt, die Ächtung von gewaltssamer Vertreibung durch die Weltgesellschaft nicht zu relativieren, sondern als Anlass zu nehmen, die Rechtfertigungsgründe auszubreiten, die damals bestanden und die in anderen, scheinbar vergleichbaren Fällen eben nicht bestehen.

Der andere Strang der Argumentation befasst sich mit den schwierigen Beziehungen, die entstehen, wenn aus dem Erleben und Urteilen einer Person, ihrer Verantwortlichkeit, ihrer Schuld, ihres Verarbeitens oder Verdrängens von Erfahrung und ihrer traumatischen Beschädigung Politik gemacht wird oder auch öffentliche Kultur. Die sehr differenzierten Betrachtungen werden jedem helfen, der politischer Instrumentalisierung von Trauer und Verlustgefühlen entgegentreten will.

Ein bisschen schade ist, dass sich die politische Grundlage, auf denen der Autor seine Argumente entwickelt, erst gegen Ende ausbreitet, wo er den palästinensisch-ägyptischen Intellektuellen Said mit der Einsicht zitiert, „dass es gar nicht mehr wichtig oder gar wünschenswert sei, am ‚richtigen‘ Orte zu sein (etwa zu Hause). „Besser ist es, schloss er, fehl am Platze durch die Welt zu wandeln, kein Haus zu besitzen und sich nirgends allzu sehr zu Hause zu fühlen.“ (S. 291)

Das Buch ist, wie eingangs schon gesagt, eine Streitschrift, die Argumente zusammenträgt, die in einem bestimmten Kontext eine Rolle spielen. Wer mit Fragen wie „Gedenkkultur“, „Zentrum gegen Vertreibungen“, „Unrecht der Vertreibung“, „angestammter Heimat“ usw. zu tun hat, muss es unbedingt le-

sen und wird daraus viele Anregungen ziehen, den Charakter einer Einführung hat die Schrift nicht. maf



Micha Brumlik,
Wer Sturm sät
Die Vertreibung der Deutschen
SBN 3351025807, 300 Seiten, broschiert,
18.90 Euro

Aus dem Inhalt

Statt einer Einleitung: Ein Leserbrief 7
Erstes Kapitel: Flucht und Vertreibung 19
Völkische Raumbereinigung – Theodor Schieder 24 / Die vielfältigen Ursachen der Vertreibung 29 / Die Planung der Vertreibung aus dem deutschen Osten 33 / Die Planungen zur Aussiedlung der Deutschen aus Böhmen und Mähren 40 / Die Benes-Dekrete – inakzeptables Unrecht oder politische Notwendigkeit 55 / Gab es eine Alternative zur Vertreibung der Sudetendeutschen 67 / Die Durchführung der Vertreibung aus Böhmen und Mähren 71 / Die Westverschiebung Polens 77 / Genozid oder Vertreibung 85 /

Zweites Kapitel: Von der „Charta der Heimatvertriebenen“ zum „Zentrum gegen Vertreibungen“ 91
Verspätete öffentliche Trauer 113 / Die Vertreibung – ein Genozid 125 / Franz Werfel – Kronzeuge des „Zentrums gegen Vertreibungen“ 130
Drittes Kapitel: „Sieh hin, zum Donnerwetter noch einmal“ – Das deutsche Kriegstrauma in der Literatur 137

Viertes Kapitel: Das Jahrhundert von Völkermord und Vertreibung 167
Genozid – rechtliche Ächtung und theoretische Erklärung 172 / Vertreibung und ethnische Säuberung 184

Fünftes Kapitel: Schuld und Versöhnung vor der Geschichte 195
Schuld und Verantwortung, Recht und Moral 199 / Kollektive Schuld 207 / Vergeben und Verzeihen 210 / Trauer und Trauma 218 / Schuld, Verantwortung und Demokratie 222 / Schuld und Sühne 231 / Moraleische Ökonomie 236

Sechstes Kapitel: „Wer ist Siegfried Zoglmann?“ – Die Vertreibung der Deutschen und das palästinensische Flüchtlingsproblem 249
Die Entstehung des palästinensischen Flüchtlingsproblems 251 / Ethnische Säuberungen in Palästina 262 / Akzeptanz und Integration der Flüchtlinge 269 / Das Nationalstaatsprojekt – endgültig anachronistisch 283 Verwendete Literatur 293

Über den Autor 300

„Rentier‘ ich mich noch?“

Neue Steuerungskonzepte im Betrieb

Unter diesem Titel erschien Anfang des Jahres im VSA-Verlag eine Aufsatzsammlung verschiedener Sozialwissenschaftler und Industriesoziologen über die aktuelle Entwicklung der Arbeit und der industriellen Beziehungen. Mitgewirkt haben auch Autoren aus dem Funktionärskörper der IG Metall sowie Betriebsräte aus großen Unternehmen, die Erfahrungen der betrieblichen Umwälzungen der letzten Jahre zu verarbeiten suchen. Der zweite Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber schrieb das Vorwort des von Hilde Wagner herausgegebenen Bandes.

Der Titel beleuchtet das Thema bereits auf der Erscheinungsebene. Die seltsam anmutende Fragestellung „Rentiere ich mich noch?“ aus dem heutigen Arbeitsleben soll widerspiegeln, dass Beschäftigte sich im Sinne der neuen Steuerungskonzepte im Betrieb mehr und mehr vom Marktgeschehen und den Ge setzmäßigkeiten des Marktes gesteuert sehen. Demgegenüber wurde im früheren klassischen System „Betrieb“ anders gesteuert. Dort gab es explizite Anweisungen und implizite Erwartungen des Arbeitgebers oder des Managements. Jeder wusste, woran er war, das klassische Kommandosystem eben.

Die Autoren beschreiben demgegenüber die Veränderungen in dem nunmehr fast drei Jahrzehnte stattfindenden Umbruchprozess von der klassischen direkten Steuerung in den Unternehmen hin zur „indirekten Steuerung“.

Im Beitrag von Klaus Peters und Dieter Sauer wird „Indirekte Steuerung“ als eine Form der Fremdbestimmung beschrieben, die sich vermittelt über ihr eigenes Gegenteil, nämlich die (weitgehende oder verstärkte) Selbstbestimmung oder Autonomie der Beschäftigten umsetzt. Flexibilisierung und „Entgrenzung“ von Arbeit werden als weitere Merkmale dieser Entwicklung erläutert. Peters/Sauer sehen in dem Umbruchprozess eine revolutionäre Qualität. Eine These, die allerdings umstritten ist.

Wesentlicher Bestandteil der „indirekten Steuerung“ sind vor allem die neuen kalkulatorischen Prozesse und Kennziffer-Systeme. Sie werden detailliert beschrieben. Auch hierzulande bedienen sich die Unternehmen spätestens seit Beginn der 1990er Jahre mit den in den Vereinigten Staaten entstandenen Steuerungssystemen wie „Target-Costing“, Activity Based Costing und Balanced Scorecard. Dies führte in der Tat zu wesentlichen Veränderungen in der betrieblichen Wirklichkeit, vor allem was die Haltung und das Handeln der

betrieblichen Akteure betrifft.

Bei der indirekten Steuerung tritt das Management sozusagen zur Seite und konfrontiert die Beschäftigten direkt mit den Anforderungen des Marktes. Typische Redewendungen heutiger Geschäftsführer gegenüber Vorgesetzten bis hin zu den Mitarbeitern sind beispielsweise: „Reden Sie mit mir nicht über Ihre Probleme. Berichten Sie über Lösungen. Sie haben Ihr Budget, Sie tragen Verantwortung. Sie kennen Ihre Ziele. Tun Sie, was zu tun ist.“ Die Anweisungen also werden immer allgemeiner. Von den Beschäftigten wird selbstständiges, quasi unternehmerisches Handeln erwartet. Immer wichtiger werden dabei die so genannten Zielvereinbarungen. Zielvereinbarungen basieren letztlich auf die formulierten Umsatz- und Ertragserwartungen der Anteilseigner.

Die Beziehungen auch innerhalb des Unternehmens werden auch immer „marktförmiger“. Belegschaften und Beschäftigte anderer Einheiten werden zur Konkurrenten oder Kunden.

Die „Vermarktlichung“, das Eindringen der Markterfordernisse und der Ge setzmäßigkeiten des Marktes in die Sphäre der Produktion, verursacht mit hin auch die bekannten Phänomene der Flexibilisierung und vor allem auch „Entgrenzung“ des Arbeitstages. Vereinbarte Ziele werden zu Zielen der Beschäftigten selbst. Sie sind oft nur durch Inanspruchnahme zusätzlicher Ressourcen zu erreichen. Unter solchen Bedingungen kommt es dann beispielsweise dazu, dass Beschäftigte den Hinweis auf die Beachtung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit als Bevormundung empfinden.

Die Aufsatzsammlung hat ihren Ge brauchswert einerseits in der Erklärung der Hintergründe verschiedener tatsächlich anzutreffender betrieblicher Phänomene. Ein wesentlicher Fortschritt sind aber vor allem die Darlegungen über die Hintergründe der Entstehung und Entwicklung der Kennziffersysteme, die Macht der Zahlen und ihre Wirkungskraft auf die betrieblichen Prozesse.

Andererseits sind Konsequenzen insbesondere für die Neuorientierung gewerkschaftlicher Arbeit und der Arbeit von Betriebsräten nur schwach entwickelt. Eine lohnenswerte Lektüre dennoch, weil sich weniger mit moralischen

Entrüstungen als mit tatsächlichen Veränderungen in der Arbeitswelt auseinandergesetzt wird.
brr

„Rentier‘ ich mich noch?“, Hilde Wagner (Hrsg.), VSA-Verlag Hamburg, ISBN 3-89965-046-8

Autoren: Volker Döhl und Dieter Sauer sind Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München. Klaus Peters, Angela Schmidt und Wilfried Glißmann sind mit dem Cogito-Institut für Autonomieforschung in Köln verbunden. Thomas Haipeter ist Mitarbeiter am Institut für Arbeit und Technik in Gelsenkirchen. Uwe Vormbusch ist Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt a.M. Thomas Sablowski ist Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin. Antonius Engberding, Berthold Huber, Gerd Nickel, Klaus Pickshaus und Hilde Wagner sind Funktionäre der IG Metall. Dieter Lehmann, Mathias Mörike, Jörg Süßlow und Uwe Werner sind Betriebsräte.

13. isw-forum „Zukunft der Arbeit“ 15. /16.4., München

In den Tagen, als Müntefering überraschend wieder Kapitalismuskritik in der SPD möglich machte, kamen 140 TeilnehmerInnen zum 13. Forum des Münchner Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (isw) zum Thema „Zukunft der Arbeit“, um zu diskutieren, wie wir die Vorstellungen der Beschäftigten von „Guter Arbeit“ aufgreifen können, um Strategien für den Kampf um eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit zu entwickeln.

Den Anfang machte der Soziologe Oskar Negt mit einem „Brühwürfel“ seines dickeibigen Buches „Arbeit und menschliche Würde“, kombiniert mit dem zweiten „Wozu noch Gewerkschaften?“. In der Antike hatte die individuelle und gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit den tonangebenden Philosophen in ihrem Gegenteil (oder auch: ihrer Frucht), der Muße, gelegen, und im Mittelalter hatten die Arbeitenden an 165 Feiertagen im Jahr ausgeruht. Arbeit als „Beruf“ (Luther) habe erst mit der Entwicklung eines „Leistungsstolzes im Bürgertum“ ein Element von Würde bekommen. Dann allerdings hat der Kapitalismus Erwerbsarbeit dem Kapital gewaltförmig untergeordnet. Arbeitslosigkeit ist im Kapitalismus ebenso ein Gewaltakt, eine Form der Enteignung, ein Angriff auf die Integrität der Menschen.

Weiß man, dass Negt als Kanzlerberater, sogar als Kanzlerfreund gilt, werden die Differenzen seines Vortrags zum derzeit herrschenden Diskurs besonders interessant: Negt fordert ein allgemeinpoltisches Mandat für die Gewerkschaften, ein zweites, außerbetriebliches Organisationsstandbein und ihre Sichtbarkeit im Kulturleben. Der

Arbeitsbegriff müsse erweitert werden und auch Gemeinwesenarbeit umfassen, Produktionsmittel müssten dezentralisiert werden.

Wer, wenn nicht die Gewerkschaften, seien in der Lage, „von der lebendigen Arbeit ausgehend, die Gesellschaft neu zu überdenken“?

In der Diskussion wurde gefragt: Wie soll diese Gemeinwesenarbeit entstehen? Sie setzt einen aktiven Staat voraus, der bezahlte Arbeit außerhalb von Verwertungsinteresse möglich macht – also einen anderen als den bei uns gegenwärtig vorgefundene, der wesentlich Instrument des globalisierten Kapitalismus ist. Diese zentrale Frage ließ Negt leider unbeantwortet.

Auf die Forderung der Internationalisierung der Gegenwehr entgegnete Negt sogar, er sei „immer bestrebt, den Gewerkschaftsfunktionär zu überzeugen, dass er nicht für die Welt verantwortlich“ sei.

Die Radikalisierung der Vermarktlichung seit der Umschlagphase der 90er war für Professor Dieter Sauer vom ifs (Institut für sozialwissenschaftliche Forschung München) der leitende Begriff zur Charakterisierung der neuen Entwicklung.

Während im fordistischen Modell der Betrieb gegenüber dem Markt abgeschottet, ihm übergeordnet gewesen sei, ist nun der Markt Motor einer permanenten Neuorganisation der Binnenstruktur, er wird zur „Naturbedingung“ der Arbeit. „Bei Ford“ wurde kapazitätsorientiert gesteuert, heute müssen die Beschäftigten selbst nach Kennziffern steuern. Dass Arbeit so unter Druck gesetzt und durch neue Produktions- und Steuerungsmodelle verändert wird, wird als alternativlos ausgegeben; wer eine Alternative will, wird als rückwärtsgewandter „Betonkopf“ diskreditiert.

Sauer fordert dreierlei: schlechter Arbeit Grenzen setzen, sich eimischen und Mitbestimmung auszubauen, Widersprüche zuspitzen und Räume für Reflexion schaffen.

Gefordert ist „eigensinnige“ Arbeitspolitik, die ihre Ziele aus der Perspektive der Beschäftigten formuliert.

In der anschließenden Diskussion wurde gefragt: Wo sind Bruchlinien in heutigen Erfahrungen z.B. der Enteignung durch Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, an die man anschließen kann? Denn man kann ja nicht einfach „einen Schalter umlegen“, und die Gewerkschaften verabschieden sich von ihrer überkommenen Haltung des Klassenkompromisses.

Tatjana Fuchs vom einladenden isw bewertete in ihrem Beitrag eine Reihe neuerer Untersuchungen, die aufzeigen, dass Prekarisierung in den letzten Jahren so weit fortgeschritten ist, dass die Norm „Normalarbeitsverhältnis“ nicht mehr gilt. Besonders eklatant ist der

Verfall der Einkommen: von den befristet Beschäftigten und LeiharbeiterInnen erhalten drei Viertel nur prekäre Einkommen. Diese Beschäftigtengruppen haben typischerweise zugleich schlechte Aussichten auf berufliche Weiterentwicklung oder auch nur Anerkennung ihrer Leistung. Diese mangelnden Perspektiven, übrigens bei hohem Anforderungsniveau, führen zu Gratifikationskrisen und auch zu psychischen Krankheiten, die sich seit den 90er Jahren verdoppelt haben sollen.

Die Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten gliedern sich in drei Gruppen: Einkommens- und Beschäftigungssicherheit steht obenan, aber auch der soziale Rahmen wie Kollegialität und soziale Kompetenz der Vorgesetzten und sinnhafte Orientierungen: man möchte auf sinnvolle, befriedigende Arbeit stolz sein können, rangieren unter den ersten zehn Positionen.

Bemerkenswert ist die hohe Sensibilität aller Beschäftigten, auch derer ohne eigene Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und unsicherer Erwerbstätigkeit, für sozial bestimmte Regelungen: Mehr als zwei Drittel verlangen eine Begrenzung der Einkommensunterschiede, drei Viertel befürworten eine Begrenzung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen und Leiharbeit.

Für gewerkschaftliche Politik zieht Tatjana Fuchs die Folgerung, die Existenzängste ernst zu nehmen und angesichts der Auswirkungen der Globalisierung auf alle Lebensbereiche „untere Haltelinien“ zu definieren: „Arbeitspolitik muss bei den Prekarisierten beginnen.“

In der Diskussion wurde auf die besondere Situation von Frauen, insbesondere im Einzelhandel verwiesen, es wurden nicht nur Unter-, sondern auch Obergrenzen bei Einkommen und Arbeitszeit verlangt.

Klaus Pickshaus von der IG Metall stellte als vierter Referent das auf drei Jahre angelegte Projekt Gute Arbeit vor. Es ist auf gleicher Ebene angesiedelt, wie das vielleicht bekanntere „Arbeitnehmerbegehren“ und knüpft an frühere Kampagnen zur „Humanisierung der Arbeit“ an.

Die Qualität der Arbeit soll in einer „Re-Politisierung der Arbeitsbedingungen“ zum gesellschaftspolitischen Thema gemacht werden. Im Mittelpunkt stehen ein gesundes Maß der Arbeit, alternsgerechte und lernförderliche Gestaltung der Arbeit und die Einschränkung prekärer Beschäftigung. „Gute Arbeit“ sei Widerstandskonzept, Interventionschance und Zukunftskonzept.

Der Name weckt viel Phantasie bei den Beschäftigten, auch der Europäische Metallarbeiterbund will das Projekt übernehmen, so dass der eigenen Zeitschrift „Gute Arbeit“ (die früheren „Briefe für Arbeit und Ökologie“) und

dem geplanten Kongress im November 2006 die Themen nicht ausgehen werden. (www.igmetall.de/gutearbeit)

Die Konzentration der Kampagne auf Arbeitzeit, Arbeitsgesundheit und überhaupt Prozesse – im Unterschied zu Ergebnissen, Produkten – wurde kritisch angefragt: wäre dann auch Rüstungsproduktion als „Gute Arbeit“ möglich?

Margret Mönig-Raane vom Verdi-Vorstand sieht in überbetrieblich geführten „Arbeitszeitkonten“ eine Möglichkeit der Umverteilung von Arbeit. „Biographieorientierte Lebensarbeitszeitkonten“ seien für Beschäftigte durchaus eine Chance.

In der Diskussion problematisierte Tatjana Fuchs die Lebensarbeitszeitkonten: um Zeit anzusparen, muss die tägliche Arbeitszeit weit über 8 Stunden steigen, was bei der heutigen Arbeitsverdichtung gesundheitlich problematisch ist. Ein „Arbeitszeitkonto“ suggeriere zudem eine falsche Gleichsetzung von Arbeit mit Geld. Gewerkschaften sollten stattdessen den Kampf um die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit weiterführen.

Aus Verdi wurde informiert über den Kampf bei Druck & Papier um die 35-Stunden-Woche, sowie über die Auseinandersetzung um Tariföffnungsklauseln bei Karstadt und Kaufhof.

Zur internationalen Zusammenarbeit, die in der Diskussion gefordert wurde, nannte Mönig-Raane das Beispiel des Konzerns Wal-Mart, wo in Deutschland Betriebsräte erkämpft wurden.

Das isw-forum „Zukunft der Arbeit“ hat AkteurInnen aus Gewerkschaften, Parteien, attac, der Forschung und der Sozialforumsbewegung zum zentralen Thema der Gesellschaftspolitik zusammengeführt, grundlegende Daten der empirischen Forschung und den Stand der Diskussion in Betrieben und Gewerkschaften mitgeteilt und in den Zusammenhang der Globalisierung gestellt. Auf dem Ersten Sozialforum in Deutschland in Erfurt vom 21.-24. Juli wird das isw die Diskussion zur Zukunft der Arbeit fortsetzen. Zu hoffen ist, dass auch Gewerkschaften das Sozialforum breit nutzen werden, um auch außerbetrieblich wahrnehmbar zu sein und Anschluss an die anderen sozialen Bewegungen zu finden.

Die Dokumentation des 13. isw-Fortschritts wird in der Reihe isw-report erscheinen. Dort ist bereits erhältlich: Tatjana Fuchs, Arbeit und menschliche Würde, isw-report 51 (Juli 2002), 36 Seiten, Schutzgebühr 3,00 Euro. Über www.isw-muenchen.de kann man den Newsletter abonnieren, der über Neuerscheinungen informiert.

*Luise Rauschmayer
(aus: Münchner Lokalberichte Nr. 9/2005)*

•

6. Mai, Köln. Bundesparteitag der FDP

6. bis 8. Mai. Dortmund. Erster Parteitag der WASG.

7./8. Mai 2005, Potsdam. Internationale historische Konferenz „Bedeutung und Wirkung der Potsdamer Konferenz – Für ein friedliches und sozialgerechtes Europa“. Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Land Brandenburg. Beginn: Samstag, 7. Mai, 16 Uhr (vorgeschaltet ab 13 Uhr eine Führung durch Cecilienhof); Ende: Sonntag, 8. Mai, 16 Uhr. Ort: Altes Rathaus, Potsdam, Am Alten Markt. Anmeldung: mailto:frieden-und-zukunft@t-online.de

8. Mai, Berlin und anderswo. 60. Jahrestag der Kapitulation des Hitlerfaschismus. Verschiedenste Gedenkveranstaltungen.

13. Mai, Mainz. Seminar Abschottung nach außen – Ausgrenzung im Innern: Zuwanderungsgesetz, europäische Migrations- und neue Armutspolitik. Veranstalter Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI), gefördert von Jenny-Marx-Gesellschaft Rh.-Pfalz, 10 bis 16 Uhr. Mit dieser Fachtagung sollen die ersten praktischen Erfahrungen aus der Beratungsarbeit der Flüchtlings- und Erwerbslosen-/Sozialhilfeinitiativen und Organisationen verglichen und vor dem Hintergrund zunehmender Entrechungsprozesse diskutiert werden. Leitgedanke dieses Erfahrungsaustauschs ist der Ansatz, das Zuwanderungsgesetz und die „Hartz IV-Reform“ nicht als Endzustand der aktueller Entwicklung, sondern vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Abschottungspolitik zu betrachten. Ort: Mainz, Seminarraum der AWO, Leibnizstraße 47, 55118 Mainz, (Neustadt). Näheres: www.bag-shi.de.

14./15. Mai, Mittenwald. Aktion gegen die „Traditionspflege“ der Gebirgsjäger. Zeitzeugenveranstaltungen, Kundgebung, Sternmärsche und zentrale Demo. www.nadir.org/mittenwald

20.–22. Mai, Köln. Bundesweiter antirassistischer Kongress in Köln, Alten Feuerwache, Melchiorstr. 3, Koordination: Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“. www.kmii-koeln.de

25. bis 29. Mai. Hannover. Evangelischer Kirchentag. Motto: „Wenn Dein Kind Dich morgen fragt“.

29. Mai. Frankreich. Volksentscheid über die EU-Verfassung.

3.–5. Juni. Hamburg. Kongress „McPlanet.com - Konsum. Globalisierung. Umwelt“, an der Uni Hamburg, Kongresssprachen: Deutsch und Englisch zum Teil in Simultanübersetzung, Attac, BUND, Greenpeace in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. www.mcplanet.com

17./18. Juni. Strategiekonferenz der PDS. Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien



Bestelladresse:
GNN-Verlag, Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg
t (0 40) 43 18 88 20
f (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

112 Seiten,
Preis: 6 Euro (plus Versand)
ISBN 3-938372-02-8

21. bis 24. Juli. Erfurt. Bundesweites Sozialforum. In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

Protestbewegungen haben in einigen Ländern Europas in den letzten Jahren vorübergehend eine große Stärke entwickelt. Sie haben viele verschiedene Gesichter. Was verbindet so unterschiedliche Protestformen wie etwa die No-global-Bewegung in Italien, die Proteste gegen die FPÖ in Österreich, die „Robin-Hood“-Aktionen in den französischen Energieversorgungsunternehmen und den Widerstand der dänischen Erwerbslosen gegen „Null-Euro-Jobs“? Die AutorInnen erläutern den Verlauf aktueller sozialer Auseinandersetzungen in vier Ländern Westeuropas aus akademischer und aktivistischer Perspektive. Was sind die länderspezifischen Hintergründe für die (brüchige) Vermittlung zwischen diesen unterschiedlichen Bewegungen?

Der Band dokumentiert die Beiträge, die 2004 im Rahmen der gleichlautenden Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Hamburg e.V. und des Büros für angenehme Lebensweisen, Hamburg vorgetragen wurden.

Aus dem Inhalt:

Büro für angenehme Lebensweisen, Hamburg

Auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache: Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark ... und in der Bundesrepublik

Bernhard Schmid, Paris

Prekäre soziale Bewegungen: Der Widerstand gegen die Sozialreformen“ und neue gewerkschaftliche Ansätze in Frankreich

Emiliana Armano/Raffaele Sciortino, Turin

No global und soziale Kämpfe. Ambivalenzen im Umbau des Sozialstaates in Italien

Roland Atzmüller, Wien

Das schwarz-blau Experiment: Nachholender Neoliberalismus oder Modell für Europa?
Österreich im Jahr 4 der Wende

Erling Frederiksen, Gislinge/Sjælland Null-Euro-Jobs: Die „aktive Sozialpolitik“ und die „Landesorganisation der Erwerbslosen“ in Dänemark

Vorschau auf Wahlen

| Jahr | Monat | Land | | Termin | Wahlperiode |
|------|--------|-----------------|-----------|--------|-------------|
| 2005 | Mai | NRW | Landtag | 22.5. | 5 Jahre |
| 2006 | März | Hessen | Kommunal | 26.3. | 5 Jahre |
| | März | Baden-Württemb. | Landtag | 26.3. | 5 Jahre |
| | März | Rheinland-Pfalz | Landtag | 26.3. | 5 Jahre |
| | März | Sachsen-Anhalt | Landtag | 26.3. | 4 Jahre |
| | Herbst | Niedersachsen | Kommunal | | 5 Jahre |
| | Herbst | alle Länder | Bundestag | | 4 Jahre |
| | Herbst | Meck.-Pomm. | Landtag | | 4 Jahre |
| | Herbst | Berlin | Landtag | | 5 Jahre |

Quelle: www.bundeswahlleiter.de